



Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 15/2016

28. Dezember 2016

Inhaltsverzeichnis

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 – HG 2017/2018) vom 15. Dezember 2016	614
Gesetz begleitender Regelungen zum Doppelhaushalt 2017/2018 (Haushaltsbegleitgesetz 2017/2018 – HBG 2017/2018) vom 15. Dezember 2016	630
Gesetz zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen vom 15. Dezember 2016	639

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 – HG 2017/2018)

Vom 15. Dezember 2016

Der Sächsische Landtag hat am 15. Dezember 2016 das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Feststellung des Haushaltsplanes

Durch dieses Gesetz wird der Haushaltsplan des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 in Einnahmen und Ausgaben auf

1. 18 580 683 700 Euro für das Haushaltsjahr 2017 und
 2. 18 945 857 800 Euro für das Haushaltsjahr 2018
- festgestellt. Der Gesamtplan ist in der Anlage enthalten.

§ 2

Kreditermächtigungen

(1) In den Haushaltsjahren 2017 und 2018 nimmt der Freistaat Sachsen netto keine Kredite zur Deckung von Ausgaben auf. Die Absätze 2 bis 5 bleiben hiervon unberührt.

(2) Die Normallage beträgt 12 411 000 000 Euro für das Haushaltsjahr 2017 und 12 883 000 000 Euro für das Haushaltsjahr 2018.

(3) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, Kassenverstärkungskredite in Höhe von 10 Prozent des in § 1 Satz 1 für das laufende Haushaltsjahr festgestellten Betrages aufzunehmen. Es wird ferner ermächtigt, zum Ankauf von Schuldtiteln des Freistaates Sachsen im Wege der Marktpflege Kredite bis zu 10 Prozent des Betrages der umlaufenden Anteile und Obligationen aufzunehmen.

(4) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, ab November des Haushaltsjahres im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres Kredite bis zur Höhe von 2 Prozent des in § 1 Satz 1 für das laufende Haushaltsjahr festgestellten Betrages aufzunehmen. Die hiernach aufgenommenen Kredite sind auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(5) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, Einnahmen aus Kreditaufnahmen in Anwendung von § 72 Absatz 6 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 15. Dezember 2016 (SächsGVBl. S. 630) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, in das folgende Haushaltsjahr umzubuchen. Desgleichen dürfen unter Beachtung des § 76 der Sächsischen Haushaltsordnung in den folgenden Haushaltsjahren eingehende Einnahmen aus Kreditaufnahmen im laufenden Haushaltsjahr zu Gunsten des laufenden Haushalts gebucht oder umgebucht werden.

§ 3

Konjunkturpolitisch bedingte Maßnahmen

(1) Die Staatsregierung kann bei einer allgemeinen Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit gemäß § 6 Absatz 2 in Verbindung mit § 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582), das zuletzt durch Artikel 267 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, zusätzliche Ausgaben beschließen, wenn und soweit hierfür zusätzliche Finanzhilfen des Bundes gemäß Artikel 104b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zur Verfügung stehen.

(2) Im Fall einer die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit übersteigenden Nachfrageausweitung kann die Staatsregierung das Staatsministerium der Finanzen ermächtigen, die Verfügung über bestimmte Ausgabemittel, den Beginn von Baumaßnahmen und das Eingehen von Verpflichtungen zu Lasten künftiger Haushaltsjahre von seiner Einwilligung abhängig zu machen. Das Staatsministerium der Finanzen hat die dadurch nach Ablauf eines Haushaltsjahres frei werdenden Mittel, soweit sie nicht zur Verminderung des Kreditbedarfs verwendet werden können, einer Ausgleichsrücklage zuzuführen. Für das Verfahren gelten die Regelungen gemäß § 42 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung entsprechend.

§ 4

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

(1) Der Betrag nach § 37 Absatz 1 Satz 4 der Sächsischen Haushaltsordnung wird auf 5 000 000 Euro festgelegt.

(2) Eine erhebliche finanzielle Bedeutung nach § 37 Absatz 4 der Sächsischen Haushaltsordnung liegt ab einem Betrag von mehr als 5 000 000 Euro vor. Bei Verpflichtungsermächtigungen sind die voraussichtlich kassenwirksam werdenden jeweiligen Jahresbeträge maßgebend.

(3) Vor Einwilligung in über- und außerplanmäßige Ausgaben sowie Verpflichtungen von erheblicher finanzieller Bedeutung kann das Staatsministerium der Finanzen den Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages anhören.

§ 5

Gewährleistungen

(1) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 im Zusammenhang mit der Kapitalausstattung von Unternehmen des privaten Rechts, an denen der Freistaat Sachsen beteiligt ist, und Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen

Rechts, bei denen der Freistaat Sachsen Gewährträger oder Träger ist, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen. Gleiches gilt im Zusammenhang mit der Beteiligung der in Satz 1 genannten Unternehmen an der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder. Gewährleistungen nach den Sätzen 1 und 2 dürfen bis zur Höhe von insgesamt 300 000 000 Euro jährlich übernommen werden.

(2) Darüber hinaus kann das Staatsministerium der Finanzen insbesondere zur Förderung der Wirtschaft, der Land- und Forstwirtschaft, des Wohnungsbaus sowie des sozialen Bereiches Bürgschaften nach Maßgabe der jeweils geltenden Bürgschaftsrichtlinien, Garantien und andere Gewährleistungen in Höhe von bis zu 1 500 000 000 Euro jährlich übernehmen, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein erhebliches volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahmen besteht.

(3) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 zu Gunsten von Landes- einrichtungen, Anstalten des öffentlichen Rechts und vom Freistaat Sachsen institutionell geförderten Einrichtungen und privatwirtschaftlichen Unternehmen, die Aufgaben im Rahmen der Ausführung des Atomgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1565), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Juli 2016 (BGBl. I S. 1843) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und im Auftrag des Freistaates Sachsen wahrnehmen, im Rahmen der von diesen zu erbringenden atomrechtlichen Deckungsvorsorge Freistellungen bis zur Höhe von 65 000 000 Euro jährlich neu zu übernehmen. Soweit eine Einrichtung gemeinsam mit einer oder mehreren anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts gefördert wird, gilt dies nur für den Anteil an der Deckungsvorsorgesumme, der dem Anteil des Freistaates Sachsen an der institutionellen Förderung der betreffenden Einrichtung entspricht.

(4) Gewährleistungsübernahmen nach Absatz 2 bedürfen der Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages, soweit sie 50 000 000 Euro im Einzelfall übersteigen.

(5) Dem Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages ist darüber hinaus über die geleisteten Gewährleistungen nach den Absätzen 1 bis 3 nach Ablauf des Haushaltsjahres eine Übersicht zu geben, die mindestens den Empfänger sowie Höhe, Art und Zweck der jeweils geleisteten Gewährleistungen ausweist.

§ 6 Stellenplan

(1) Der Stellenplan gliedert sich in Personalsoll A, B und C.

(2) Bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben sind die Verwaltungen, vorbehaltlich der Regelung in den §§ 7 bis 7f und anderweitiger gesetzlicher Regelungen, an den Stellenplan gebunden. Bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben der Personalsolls A und B sind die Verwaltungen darüber hinaus an die veranschlagte Personalausgabenhöhe gebunden. Für die Bewirtschaftung der Personalausgaben des Personalsolls C gilt Satz 2 entsprechend. Das Staatsministerium der Finanzen kann Ausnahmen von der Stellenplanbindung für das Personalsoll C zulassen.

(3) Personalsoll A umfasst Planstellen und andere Stellen (Stellen) für:

1. Beamte und Richter sowie
 2. Beschäftigte,
- soweit diese nicht Personalsoll C zuzurechnen sind.

(4) Personalsoll B umfasst andere Stellen für:

1. Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst,
 2. Anwärter und Referendare in öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnissen,
 3. Studenten an der Berufsakademie Sachsen, die mit Einrichtungen des Freistaates Sachsen als Praxispartner einen Ausbildungsvertrag schließen,
 4. Auszubildende in tariflichen Ausbildungsverhältnissen, die dem Geltungsbereich des Tarifvertrages für Auszubildende der Länder in Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz vom 12. Oktober 2006 (SächsMBI. SMF 2007 S. 1, 111), der zuletzt durch den Änderungstarifvertrag Nummer 6 vom 28. März 2015 (SächsMBI. SMF S. 32, 47) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, oder dem Tarifvertrag für Auszubildende der Länder in Pflegeberufen vom 12. Oktober 2006 (SächsMBI. SMF 2007 S. 1, 117), der zuletzt durch den Änderungstarifvertrag Nummer 6 vom 28. März 2015 (SächsMBI. SMF S. 32, 48) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, unterliegen,
 5. Praktikanten in tariflichen Praktikantenverhältnissen gemäß Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten der Länder vom 9. Dezember 2011 (SächsMBI. SMF 2012 S. 46, 47), der zuletzt durch den Änderungstarifvertrag Nummer 3 vom 28. März 2015 (SächsMBI. SMF S. 32, 50) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
 6. wissenschaftliche Volontäre und
 7. Akademiker in Fachausbildung oder fachlicher Weiterbildung, sofern die jeweilige Ausbildungs- und Prüfungsordnung oder die jeweilige Weiterbildungsordnung einen entsprechenden praktischen Einsatz vorsieht,
- soweit diese nicht Personalsoll C zuzurechnen sind.

(5) Personalsoll C umfasst Stellen im Sinne der Absätze 3 und 4 in

1. Staatsbetrieben nach § 26 Absatz 1 Satz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung oder Einrichtungen, die wie Staatsbetriebe im Sinne des § 26 Absatz 1 Satz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung geführt werden; ausgenommen sind die Beschäftigten der Krankenhäuser und Heime in der Trägerschaft des Freistaates Sachsen, und
2. Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, deren Gesamtausgaben regelmäßig zu mehr als 50 Prozent vom Freistaat Sachsen zuschussfinanziert werden, soweit der Freistaat Sachsen für deren Personal Dienstherr oder Arbeitgeber ist.

(6) Der Abschluss von Verträgen zur Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeit) wird nicht zugelassen. Das Staatsministerium der Finanzen kann bei Unabweisbarkeit Ausnahmen zulassen. Die Ausnahme gilt als zugelassen bei Verträgen für die Verbindungsbüros des Freistaates Sachsen in Brüssel, Prag und Breslau, deren Laufzeit auf die Geltungsdauer dieses Gesetzes begrenzt ist.

§ 7

Ausnahmen von der Stellenplanbindung

(1) Außerhalb des Stellenplanes können geführt werden:

1. Aushilfskräfte für Beamte, Richter und Beschäftigte, die sich in Mutterschutz oder im mutterschutzrechtlichen Beschäftigungsverbot befinden,
2. geringfügig Beschäftigte im Sinne des § 8 Absatz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 2009 (BGBl. I S. 3710, 3973; 2011 I S. 363), das zuletzt durch Artikel 28 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2010) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
3. Beschäftigte, für die Eingliederungszuschüsse nach den §§ 88 bis 92 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 3 des Gesetzes vom 21. November 2016 (BGBl. I S. 2613) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, gewährt werden,
4. Freiwillige im Sinne des Jugendfreiwilligendienstgesetzes vom 16. Mai 2008 (BGBl. I S. 842), das durch Artikel 30 des Gesetzes vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2854) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und
5. Freiwillige im Sinne des Bundesfreiwilligendienstgesetzes vom 28. April 2011 (BGBl. I S. 687), das durch Artikel 15 Absatz 5 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Außerhalb des Stellenplanes können ferner geführt werden:

1. bei Finanzierung aus Förderprogrammen der Europäischen Union
 - a) befristet Beschäftigte, die im Rahmen der technischen Hilfe finanziert werden, oder
 - b) befristet Beschäftigte, die im Rahmen anderer Förderprogramme mindestens zu 50 Prozent finanziert werden,
2. befristet Beschäftigte bei sonstiger Drittmittelfinanzierung von mindestens 75 Prozent,
3. Beschäftigte bei sonstiger dauerhafter Finanzierung durch Dritte von 100 Prozent und
4. befristet Beschäftigte, die im Rahmen von einmaligen und zeitlich begrenzten Vorhaben (Projekte) aus Projektmitteln finanziert werden, soweit diese Mittel in den Erläuterungen der jeweiligen Haushaltsstellen der Einzelpläne nach Inhalt, Dauer und Vollzeitäquivalenten (Anzahl und Wertigkeit) ausgewiesen werden.

§ 7a

Ergänzende Regelung zu § 17 Absatz 5 und 6 der Sächsischen Haushaltsordnung

Über § 17 Absatz 5 und 6 der Sächsischen Haushaltsordnung hinaus wird das Staatsministerium der Finanzen auf Antrag des zuständigen Ressorts, des Rechnungshofes oder der Verwaltung des Landtages ermächtigt, mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages Stellen auszubringen, wenn dafür ein unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis besteht. Der Antrag auf Ausbringung zusätzlicher Stellen ist zeitgleich auch dem Rechnungshof zu übersenden. Dieser kann dazu Stellung nehmen.

§ 7b

Ergänzende Regelung zu § 47 der Sächsischen Haushaltsordnung

(1) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt zuzulassen, dass von einem kw-Vermerk mit Datumsangabe abgewichen wird, wenn die Stelle weiter benötigt wird, weil sie nicht rechtzeitig frei wird.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt zuzulassen, dass ein kw-Vermerk auch bei einer anderen gleichwertigen Besoldungs- oder Entgeltgruppe mit mindestens der gleichen finanziellen Auswirkung innerhalb des Einzelplanes vollzogen wird, als er im Haushaltsplan ausgebracht ist. Die Regelung gilt entsprechend bei Vollziehung des kw-Vermerks in einem anderen Einzelplan.

§ 7c

Ergänzende Regelung zu § 49 der Sächsischen Haushaltsordnung

(1) In Einzelfällen können mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen über § 49 Absatz 3 der Sächsischen Haushaltsordnung hinaus und für längstens sechs Monate je zwei Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst auf jeweils einer Beamtenstelle auf Widerruf im Vorbereitungsdienst oder je zwei Auszubildende auf jeweils einer Auszubildendenstelle geführt werden. Entsprechendes gilt, soweit der Vorbereitungsdienst in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis außerhalb des Beamtenverhältnisses abgeleistet wird.

(2) In Fällen der Gewährung von Elternzeit, Pflegezeit nach dem Pflegezeitgesetz vom 28. Mai 2008 (BGBl. I S. 874, 896), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2424) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, bei ruhendem Arbeitsverhältnis wegen Gewährung einer Rente auf Zeit oder bei Arbeitsunfähigkeit von Beschäftigten nach Ende des Entgeltfortzahlungszeitraumes kann zur Überbrückung eines unabweisbaren Aushilfsbedarfs das freie Stellengeld der betreffenden Stelle ganz oder teilweise für die Beschäftigung von Aushilfskräften verwendet werden.

(3) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die haushaltmäßige Umsetzung von Altersteilzeit und sonstigen Arbeitszeitmodellen zu regeln.

(4) Nach Beendigung der Ausbildung können die Angehörigen der Wachpolizei nach dem Sächsischen Wachpolizeidienstgesetz vom 16. Dezember 2015 (SächsGVBl. S. 663), in der jeweils geltenden Fassung, bis zum Ende des Monats, in dem die Ausbildung abschließt, auf einer Stelle der Wertigkeit E 3 geführt werden.

§ 7d

Ergänzende Regelung zu § 50 der Sächsischen Haushaltsordnung

1. Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, über § 50 Absatz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung hinaus im Einvernehmen mit den betroffenen Ressorts hinsichtlich neu zu begründender Ausbildungsverhältnisse freie oder frei werdende Stellen der Personalsolls B und C sowie die dazugehörigen Personalausgaben in andere Kapitel desselben Einzelplanes oder in andere Einzelpläne umzusetzen,

2. über § 50 Absatz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung hinaus im Einvernehmen mit den betroffenen Ressorts Stellen und die dazugehörigen Personalausgaben in andere Kapitel desselben Einzelplanes oder in andere Einzelpläne umzusetzen, wenn dies dem beschlossenen oder einem zusätzlichen Stellenabbau dient, und
3. bei ressortübergreifenden Abordnungen von Bediensteten innerhalb der Staatsverwaltung auf Antrag des zuständigen Ressorts bei der aufnehmenden Dienststelle Abordnungsleerstellen auszubringen; bei ressortinternen Abordnungen gelten die Abordnungsleerstellen mit Beginn der Abordnung für deren Dauer als ausgebracht; in diesen Fällen ist die jeweilige Abordnung dem Staatsministerium der Finanzen anzuzeigen; die von der Abordnung betroffene Stelle der abgebenden Dienststelle darf nicht neu besetzt werden.

Die Regelungen finden entsprechend Anwendung auf den Rechnungshof und die Verwaltung des Landtages.

(2) Bedienstete, die als Abgeordnete in den Landtag, Bundestag oder in das Europäische Parlament gewählt sind, können auf Leerstellen geführt werden. Die entsprechende Leerstelle gilt für die Dauer des Mandats als Abgeordneter ausgebracht und ist dem Staatsministerium der Finanzen mit Ausbringung anzuzeigen.

(3) Wird Bediensteten Elternzeit gewährt, können diese über § 50 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung hinaus auf Leerstellen geführt werden. Die entsprechende Leerstelle gilt mit Beginn der Elternzeit als ausgebracht.

(4) Wird Beschäftigten eine Rente auf Zeit wegen voller Erwerbsminderung gewährt, können diese über § 50 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung hinaus auf Leerstellen geführt werden. Die entsprechende Leerstelle gilt mit Beginn des Ruhens des Arbeitsverhältnisses wegen der Rente auf Zeit bei voller Erwerbsminderung nach § 33 Absatz 2 Satz 5 und 6 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder vom 12. Oktober 2006 (SächsMBI. SMF 2007 S. 1, 44), der zuletzt durch den Änderungstarifvertrag Nummer 8 vom 28. März 2015 (SächsMBI. SMF S. 32, 33) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, als ausgebracht.

(5) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Haushaltsplan ausgebrachte Leerstellen anzupassen, wenn der Bedienstete befördert oder höhergruppiert wird oder sich die Rückkehr in die Staatsverwaltung zeitlich verschiebt.

(6) Wird ein Ruhestandsbeamter gemäß § 29 Absatz 1 des Beamtenstatusgesetzes vom 17. Juni 2008 (BGBl. I S. 1010), das durch Artikel 15 Absatz 16 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, in Verbindung mit § 53 Absatz 2 des Sächsischen Beamtengesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 971), in der jeweils geltenden Fassung, oder gemäß § 29 Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes erneut in ein Beamtenverhältnis berufen, kann dieser vorübergehend über § 50 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung hinaus auf einer Leerstelle geführt werden. Die Leerstelle gilt mit der erneuten Berufung in ein Beamtenverhältnis als ausgebracht. Der Beamte ist auf die nächste freie entsprechende Planstelle im Stellenplan des jeweils betroffenen Einzelplanes und Kapitels einzuweisen.

(7) Vor dem 1. Januar 2015 befristet eingestellte Beschäftigte, mit denen aus zwingenden rechtlichen Gründen ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis begründet werden muss, können auf Leerstellen geführt werden, sofern deren Personalausgaben aus Mitteln der technischen Hilfe finanziert werden und gewährleistet ist, die Stelleninhaber spätestens mit Auslaufen dieser Finanzierung auf besetzbare Stellen zu übernehmen. Darüber hinaus kann das Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft nach Satz 1 unabhängig vom Einstellungstermin bis zu 12 Beschäftigte auf Leerstellen führen, ohne dass zwingende rechtliche Gründe zur Begründung eines unbefristeten Beschäftigungsverhältnisses vorliegen müssen. Die Ausbringung der Leerstelle einschließlich deren Wertigkeit ist durch die zuständige oberste Staatsbehörde unverzüglich dem Staatsministerium der Finanzen anzuzeigen.

(8) Das Staatsministerium der Finanzen kann abweichend von § 50 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung eine Leerstelle schaffen, wenn der Bedienstete weniger als ein Jahr beurlaubt, abgeordnet oder zugewiesen wird oder wenn er aus anderen Gründen vollständig freigestellt wird.

(9) Abweichend von § 50 Absatz 6 der Sächsischen Haushaltsordnung und abweichend von den Regelungen in den Absätzen 2 bis 4 kann für Beschäftigte auf die Ausbringung einer Leerstelle verzichtet werden, wenn anderweitig sichergestellt ist, dass im Zeitpunkt der Rückkehr eine der Entgeltgruppe entsprechende Stelle zur Verfügung steht.

§ 7e

Leistungsorientierte Besoldung und außertarifliche Leistungsprämien

Die Gewährung von leistungsorientierter Besoldung an Beamte und Richter richtet sich nach den Regelungen der §§ 67 bis 69 des Sächsischen Besoldungsgesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 1005), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 22. Oktober 2016 (SächsGVBl. S. 498) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung. Beschäftigten, die dem Geltungsbereich des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder unterliegen oder wegen eines über das Tabellenentgelt der Entgeltgruppe 15 hinausgehenden regelmäßigen Entgelts außertariflich beschäftigt werden, dürfen Leistungsprämien außertariflich gewährt werden. Die hierfür erforderlichen Ausgaben sind, soweit sie über die veranschlagten Ausgaben in den Sammelkapiteln bei Titel 422 06 hinausgehen, im jeweiligen Einzelplan wie folgt zu erwirtschaften:

1. Soweit kw-Vermerke früher vollzogen werden als angegeben, können die dadurch eingesparten Personalausgaben im laufenden Haushaltsjahr für die Leistungsbezahlung herangezogen werden.
2. Ausgaben, die dadurch eingespart werden, dass eine im laufenden Haushaltsjahr frei werdende, wieder besetzbare Stelle vorübergehend nicht besetzt wird, können bis zum Zeitpunkt der Wiederbesetzung, längstens für die Dauer von zwölf Monaten, jedoch nicht über den 31. Dezember 2018 hinaus, ebenfalls für die Leistungsbezahlung herangezogen werden.
3. Ausgaben, die bei Beamten durch leistungsbedingte Verzögerungen im Stufenaufstieg eingespart werden, dürfen zur Gewährung von Leistungsbezahlung im Beamtenbereich herangezogen werden.

Die Leistungsbezahlung, soweit sie über die veranschlagten Ausgaben in den Sammelkapiteln bei Titel 422 06 hinausgeht, setzt voraus, dass die verfügbaren Ausgabeermächtigungen bei den Personalausgaben im jeweiligen Einzelplan nicht überschritten werden.

§ 7f

Besondere Regelungen zur Personalbewirtschaftung

- (1) Außerhalb des Stellenplanes können geführt werden:
- zur Absicherung des Generationenwechsels im Lehrerbereich und der Unterrichtsversorgung abweichend von § 17 Absatz 6 der Sächsischen Haushaltsordnung und § 6 Absatz 2 Satz 1 bis zu 500 Vollzeitäquivalente unbefristet eingestellte Lehrkräfte in den Kapiteln 05 35 bis 05 39; diese Ermächtigung erhöht sich ab 1. August 2017 auf bis zu 1 717 Vollzeitäquivalente,
 - zur Absicherung des zusätzlichen Personalbedarfs für die schulische Integration von Migranten, insbesondere für das Fach Deutsch als Zweitsprache, in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 abweichend von § 17 Absatz 6 der Sächsischen Haushaltsordnung und § 6 Absatz 2 Satz 1 bis zu 460 Vollzeitäquivalente unbefristet eingestellte Lehrkräfte in den Kapiteln 05 35 bis 05 39,
 - Beschäftigte an der Landesschule für Blinde und Sehbehinderte Förderzentrum Chemnitz, am Landeszentrum zur Betreuung Blinden und Sehbehinderter und an der Sächsischen Landesschule für Hörgeschädigte Leipzig, Förderzentrum Samuel Heinicke, in Trägerschaft des Freistaates Sachsen bei dauerhafter Drittmittelfinanzierung der Leistungen durch die gesetzlichen Krankenkassen und den Träger der Sozialhilfe, soweit dies durch Haushaltsvermerk in den jeweiligen Haushaltsstellen der Einzelpläne zugelassen ist,
 - befristet Beschäftigte an Hochschulen gemäß § 1 Absatz 1 des Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 3), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 29. April 2015 (SächsGVBl. S. 349) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, ohne Ausweis in den Erläuterungen, soweit diese aus Projektmitteln finanziert werden,
 - wissenschaftliche und künstlerische Hilfskräfte sowie studentische Hilfskräfte im Sinne des Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetzes,
 - zur Absicherung vorübergehender Bedarfe an Beschäftigungskapazitäten für besondere oder temporäre Aufgaben der Staatskanzlei abweichend von § 17 Absatz 6 der Sächsischen Haushaltsordnung und § 6 Absatz 2 Satz 1 im Haushaltsjahr 2017 bis zu 24 Vollzeitäquivalente und im Haushaltsjahr 2018 bis zu 22 Vollzeitäquivalente, davon jeweils bis zu 10 Vollzeitäquivalente unbefristet zur personellen Absicherung der Stabsstelle Organisation und Personal,
 - zur Absicherung des zusätzlichen Personalbedarfs für besondere oder temporäre Aufgaben des Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, insbesondere für Neu- und Erhaltungsmaßnahmen im Straßenbau, abweichend von § 17 Absatz 6 der Sächsischen Haushaltsordnung und § 6 Absatz 2 Satz 1 in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 je bis zu 60 Vollzeitäquivalente unbefristete Beschäftigte und
 - zur Absicherung des zusätzlichen Personalbedarfs für besondere oder temporäre Aufgaben des Staatsarchivs in Bezug auf den Erhalt und die Erschließung des audiovisuellen Erbes abweichend von § 17 Absatz 6 der Säch-

sichen Haushaltsordnung und § 6 Absatz 2 Satz 1 in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 je bis zu 5 Vollzeitäquivalente.

(2) An Hochschulen können ferner geführt werden:

- bis zu 162 Leerstellen für Professoren und Juniorprofessoren der Besoldungsgruppen W 1, W 2 und W 3 sowie für Lehrkräfte für besondere Aufgaben, wenn deren Personalausgaben, grundsätzlich einschließlich des Versorgungszuschlages, aus Mitteln Dritter vollständig finanziert werden und die Hochschulen gewährleisten, die Stelleninhaber im Falle unbefristeter Dienstverhältnisse nach Auslaufen der Finanzierung aus Mitteln Dritter auf besetzbare Stellen zu übernehmen,
- bis zu 20 Leerstellen zur Erhöhung der Kapazität der Hochschulen für die Lehramtsstudiengänge im Rahmen des Bildungspakets Sachsen 2020,
- bis zu 70 Leerstellen für Professoren der Besoldungsgruppen W 2 und W 3, wenn deren Personalausgaben mindestens in Höhe von 85 Prozent aus Mitteln Dritter finanziert werden,
- bis zu 17 Leerstellen für Professoren und Juniorprofessoren der Besoldungsgruppen W 1, W 2 und W 3 jeweils für die Dauer von drei Jahren, wenn deren Personalausgaben einschließlich des Versorgungszuschlages aus Hochschulmitteln finanziert werden und die Hochschulen gewährleisten, die Stelleninhaber unter Berücksichtigung struktureller Veränderungen im Zuge der Hochschulentwicklungsplanung auf besetzbare Stellen zu übernehmen und
- bis zu 25 Leerstellen für Professoren und Juniorprofessoren der Besoldungsgruppen W 1 und W 2 für Tenure-Track-Professuren, deren Personalausgaben aus dem Bundesländer-Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses finanziert werden.

Die Leerstellen gelten mit Abschluss der Berufungsvereinbarung mit dem zu Berufenden und bei den Lehrkräften für besondere Aufgaben mit Abschluss des Arbeitsvertrages als ausgebracht. Sofern sie nicht bereits im Haushaltsplan zur Verfügung stehen, sind sie im nächsten Haushaltsplan mit entsprechendem Haushaltsvermerk zu veranschlagen. Mit Beendigung der Finanzierung oder Erstattung der Personalausgaben durch Dritte entfällt die Leerstelle.

§ 8

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen

(1) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, den Stellenpool für schwerbehinderte Menschen aus dem Haushaltsjahr 2016 fortzuführen. Dazu werden die in dem Haushaltsjahr 2016 gesperrten Stellen, soweit sie nicht bis zum 31. Dezember 2016 mit schwerbehinderten Menschen besetzt werden konnten, einschließlich der im Stellenpool des Jahres 2016 noch vorhandenen Stellen in den Stellenpool für das Haushaltsjahr 2017 überführt.

(2) Zusätzlich werden 42 Stellen im Haushaltsjahr 2017 und 42 Stellen im Haushaltsjahr 2018 sowie die dazugehörigen Personalausgaben gesperrt.

(3) Die Zahl der je Ressort zu sperrenden Stellen bemisst sich nach der ressortspezifischen durchschnittlichen Einstellungsquote schwerbehinderter Menschen, nach dem Anteil der mit schwerbehinderten Menschen besetzten Arbeitsplätze (jahresdurchschnittliche Beschäftigungsquote) und nach dem geplanten Personalsoll A gemäß § 6 Absatz 3 und dem Personal-

soll C gemäß § 6 Absatz 5 ohne den künstlerischen Bereich des Staatsbetriebes Sächsische Staatstheater (Kapitel 12 79). Für die Anzahl der Sperrstellen je Ressort wird eine Obergrenze von 25 festgelegt. Diese Obergrenze entfällt, wenn in einem Ressort die Beschäftigungsquote im Vorvorjahr und Vorjahr deutlich rückläufig ist.

(4) Die nach Absatz 3 gesperrten Stellen und die dazugehörigen Personalausgaben werden dem Stellenpool zugeführt, soweit sie nicht bis zum Ende des jeweiligen Haushaltsjahres mit schwerbehinderten Menschen besetzt werden können. Dabei ist die Zuführung von befristeten Stellen nicht möglich. Solange durch das jeweilige Ressort die erforderliche Anzahl der regulären Stellen dem Stellenpool nicht zugeführt wurde, ist jede Neubesetzung einer freien Stelle nicht zulässig. Besetzt ein Ressort in einem Haushaltsjahr mehr freie Stellen mit schwerbehinderten Menschen als Sperrstellen ausgebracht sind, können diese Mehrbesetzungen auf die Sperrstellen im Folgejahr angerechnet werden. Ist die Zahl der mit schwerbehinderten und diesen gleichgestellten behinderten Menschen besetzten Stellen am 31. Oktober des Vorjahres kleiner als zum gleichen Zeitpunkt des Vorvorjahres, erhöht sich die Anzahl der zu sperrenden Stellen um den Differenzbetrag.

(5) Die konkrete Aufteilung der Stellensperren auf die Ressorts erfolgt durch das Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen. Die Zuführung der Stellen und der dazugehörigen Personalausgaben in den Stellenpool erfolgt durch das Staatsministerium der Finanzen in Abstimmung mit dem Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz. Die Stellensperren gelten nicht für Ressorts, die im Vorvorjahr die Pflichtquote nach § 71 Absatz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – (Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2001, BGBl. I S. 1046, 1047), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 12 des Gesetzes vom 26. Juli 2016 (BGBl. I S. 1824) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, erreicht haben.

(6) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, über § 50 der Sächsischen Haushaltsordnung hinaus die nach den Absätzen 1 und 4 im Stellenpool befindlichen Stellen und die dazugehörigen Personalausgaben auf Antrag der Ressorts, die schwerbehinderte Bewerber neu einstellen, umzusetzen.

§ 9

Übertragung von Ausgaben, Deckungsfähigkeit

(1) Ausgabereste und Haushaltsvorgriffe können mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen auf für gleiche Zwecke, aber mit anderer Bezeichnung und Titelnummer, im Haushaltsplan vorgesehene Titel übertragen werden.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen kann unbeschadet der Regelung des § 45 Absatz 3 der Sächsischen Haushaltsordnung unverbrauchte Mittel aus übertragbaren Ausgabebewilligungen des geltenden Haushaltsplanes einziehen, soweit dies zur Vermeidung oder Verminderung eines Fehlbetrages erforderlich ist.

(3) Absatz 2 gilt nicht für übertragbare Ausgabebewilligungen, soweit bei diesen Ansätzen zweckgebundene Einnahmen (§ 8 der Sächsischen Haushaltsordnung) eingegangen sind und ihrem Verwendungszweck noch nicht zugeführt wurden.

(4) Die Ausgaben der Titel in der Gruppe 519 sind übertragbar.

(5) Soweit durch Haushaltsvermerk keine abweichende Regelung zur Deckungsfähigkeit bestimmt ist, gilt Folgendes:

1. Die Ausgaben der Hauptgruppe 4 sind innerhalb eines Kapitels gegenseitig deckungsfähig. Dies gilt nicht für
 - a) Ausgaben der Titel in den Gruppen 411, 431, 432, 434 und 446,
 - b) Ausgaben der Titel 422 06,
 - c) Ausgaben in Titelgruppen,
 - d) EU-finanzierte Ausgaben und
 - e) Ausgaben, die durch Haushaltsvermerk einer gesonderten Deckungsfähigkeit oder einer Einnahmekopplung unterliegen.

Soweit eine Deckung innerhalb des Kapitels nicht ausreicht, kann auch eine kapitelübergreifende Deckung innerhalb des jeweiligen Einzelplanes erfolgen.

2. Innerhalb eines Kapitels sind gegenseitig deckungsfähig:
 - a) die Ausgaben der Titel in der Gruppe 411,
 - b) die Ausgaben der Titel in den Obergruppen 51 bis 54 und 81; dabei dürfen deckungspflichtige Titel um bis zu 20 Prozent in Anspruch genommen werden; deckungsberechtigte Titel dürfen bis zu 30 Prozent, stets jedoch, auch bei Leertiteln, um bis zu 20 000 Euro verstärkt werden, und
 - c) die Ausgaben der Titel in den Gruppen 511, 514, 517 bis 519, 525 bis 527, 531 und der Titel 542 01 ohne Einschränkung.

Hiervon ausgenommen sind die Titel in der Gruppe 529, die Titel der Ausgaben in Titelgruppen und die Titel der Ausgaben, die durch Haushaltsvermerk einer gesonderten Deckungsfähigkeit oder einer Einnahmekopplung unterliegen. Die Ausgaben der Titel 511 03 sind darüber hinaus einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Ausgaben der Titel 511 93 und 532 93 im Kapitel 03 25.

3. Die Ausgaben der Titel innerhalb einer Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
4. Die Ausgaben der Titel in den Gruppen 682 und 891 an einen Staatsbetrieb sind gegenseitig deckungsfähig.
5. Innerhalb eines Kapitels sind die Ausgaben der Titel 685 02, 685 03 und 894 01 an eine Hochschule gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgaben der Titel 685 51 und 894 51 im Kapitel 12 07 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten der Ausgaben der Titel 685 02 und 894 01 in den Kapiteln 12 08 bis 12 41.
6. Innerhalb eines Einzelplanes sind
 - a) die Ausgaben der Titel 685 20 gegenseitig deckungsfähig und darüber hinaus einseitig deckungsfähig zu Lasten der nach Nummer 1 deckungsfähigen Ausgaben der Hauptgruppe 4,
 - b) die Ausgaben der Titel 671 10 einseitig deckungsfähig zu Lasten der nach Nummer 1 deckungsfähigen Ausgaben der Hauptgruppe 4 und
 - c) die Ausgaben der Titel in den Gruppen 431, 434 und 446 und der Titel 432 01 bis 432 09 gegenseitig deckungsfähig.
7. Minderausgaben in den jeweiligen Deckungskreisen nach Nummer 6 Buchstabe c erhöhen die Ausgabebefugnis des Titels 432 10 im Kapitel 15 40.

8. Minderausgaben des Titels 633 08 im Kapitel 08 03, der Titelgruppen 52 und 63 im Kapitel 03 04, der Titelgruppe 58 im Kapitel 08 03 und der Titelgruppe 56 im Kapitel 14 03 erhöhen die Ausgabebefugnis des Titels 686 05 im Kapitel 15 03.

(6) Absatz 5 gilt für veranschlagte Verpflichtungsermächtigungen entsprechend.

§ 10

Sonstige Ermächtigungen und Regelungen

(1) Das Staatsministerium der Finanzen wird unabhängig von den Voraussetzungen des § 37 Absatz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung ermächtigt, zusätzlichen Ausgaben einschließlich Kofinanzierungsmitteln zuzustimmen und erforderliche Deckungsfähigkeiten zuzulassen, wenn hierfür im laufenden Haushaltsjahr nicht veranschlagte Mittel zweckgebunden von anderer Seite gezahlt oder rechtsverbindlich zugesagt sind. Entsprechendes gilt für Verpflichtungsermächtigungen. § 37 Absatz 4 der Sächsischen Haushaltsordnung in Verbindung mit § 4 gilt entsprechend.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, Ausgaben, die nur in Abhängigkeit vom Aufkommen zweckgebundener Einnahmen geleistet werden dürfen, in Höhe des vorfinanzierten Betrages in den Haushalt des Folgejahres umzubuchen, wenn die zweckgebundenen Einnahmen nicht rechtzeitig eingehen.

(3) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, in Ausführung der §§ 6 und 34 Absatz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung erforderliche Bewirtschaftungsmaßnahmen vorzusehen. Dies gilt auch für Stellenbewirtschaftungsmaßnahmen, insbesondere für das Verfügen von Stellenbesetzungssperren. In diesem Fall können kw-Vermerke zwischen den Kapiteln übertragen werden.

(4) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den Ressorts, dem Rechnungshof oder der Verwaltung des Landtages, soweit diese jeweils betroffen sind, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen umzuschichten sowie Ansätze für Investitionsausgaben durch Einsparungen bei den laufenden Ausgaben im Einzelplan oder durch Deckung im Gesamthaushalt, insbesondere auf Grund von Steuermehreinnahmen gegenüber dem im Haushalt festgesetzten Ansatz unter Beachtung des § 25 Absatz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung, zu verstärken. Umschichtungen und Verstärkungen nach Satz 1 von mehr als 10 000 000 Euro im Einzelfall bedürfen der Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages. Auf nicht verausgabte Umschichtungs- und Verstärkungsbeträge ist § 45 Absatz 4 der Sächsischen Haushaltsordnung entsprechend anzuwenden.

(5) Soweit durch die Einschaltung Dritter im Bereich der Verwaltungshilfsdienstleistungen Stellen eingespart werden, dürfen die im Laufe des Haushaltsjahres frei werdenden Mittel mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen zur Verstärkung von Titeln in den Obergruppen 51 bis 54 herangezogen werden.

(6) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zum Ausgleich nach § 2 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 95), das

zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 2016 (SächsGVBl. S. 639) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und zum Ausgleich nach § 18 Absatz 2 Satz 4 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches vom 6. Juni 2002 (SächsGVBl. S. 168, 169), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 15. Dezember 2016 (SächsGVBl. S. 639) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, jeweils eine besondere zweckgebundene Rücklage zu bilden. Die Bildung einer Rücklage nach Satz 1 bedarf der Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages. Eine in Vorjahren gebildete Rücklage nach Satz 1 muss in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 nicht aufgelöst werden.

(7) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Vorsorge für Risiken aus dem Vollzug des Bund-Länder-Finanzausgleiches eine zweckgebundene Rücklage zu bilden.

(8) Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für institutionell geförderte Dritte sind mit Inkrafttreten dieses Gesetzes, jedoch nicht vor dem Tag, der dem Beschluss des Landtages über dieses Gesetz folgt, vollständig freigegeben. Das Staatsministerium der Finanzen kann sich bis zum 31. Januar eines jeweiligen Haushaltsjahres vorbehalten, die durch das zuständige Ressort auf ihre sachliche und rechnerische Vollständigkeit und Richtigkeit geprüften und bestätigten Wirtschaftspläne innerhalb von acht Wochen zur Prüfung vorlegen zu lassen. Ausgenommen sind Einrichtungen, die einer multilateralen Finanzierung unterliegen und durch Bund-Länder-Gremien beraten werden. Die Prüfung durch das Staatsministerium der Finanzen erfolgt innerhalb von acht Wochen nach Eingang der Wirtschaftspläne. Ergibt diese Prüfung einen Verstoß gegen haushaltsrechtliche Vorschriften, kann das Staatsministerium der Finanzen eine Sperre von bis zu 25 Prozent der Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen über den Wirtschaftsplan der betroffenen Einrichtung aussprechen. Die Sperre wird bei Vorlage eines den haushaltsrechtlichen Vorschriften entsprechenden Wirtschaftsplanes aufgehoben.

(9) Soweit zum Vollzug der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1) erforderlich, wird das Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, für den Sächsischen Datenschutzbeauftragten nach Einwilligung durch den Haushalts- und Finanzausschuss

1. einen neuen Einzelplan 13 und neue Kapitel einzurichten und
2. im Einvernehmen mit den betroffenen Ressorts in den betreffenden Kapiteln der Einzelpläne und zwischen diesen
 - a) Mittel und Stellen über § 50 Absatz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung hinaus umzusetzen und die erforderlichen neuen Titel auszubringen sowie
 - b) Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für gegenseitig oder einseitig deckungsfähig zu erklären.

(10) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, nach Einwilligung durch den Haushalts- und Finanzausschuss im Einvernehmen mit dem zuständigen Ressort Teile der Staatsverwaltung in einen Staatsbetrieb nach § 26 Absatz 1 Satz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung im Haushaltsvollzug umzuwandeln. Planstellen oder Stellen können über § 50 Absatz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung hinaus in den

Wirtschaftsplan des Staatsbetriebes umgesetzt und entsprechende Zuführungstitel an den Staatsbetrieb ausgebracht werden.

(11) Als Ausnahmen vom Bruttonachweis nach § 35 der Sächsischen Haushaltsordnung sind die in Nummer 3 der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zu § 35 der Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDR. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 25. März 2015 (SächsABl. S. 515) und die Verwaltungsvorschrift vom 20. März 2015 (SächsABl. S. 537) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2015 (SächsABl. SDR. S. S 374), in der jeweils geltenden Fassung, genannten Fälle zugelassen.

§ 11

Förderprogramme der Europäischen Union

(1) Die Ausgaben einschließlich Abführungen von Rückerstattungen an die Europäische Union zur Umsetzung von Förderprogrammen der Europäischen Union sind übertragbar für den jeweiligen Förderzeitraum zuzüglich Nachlaufperioden. § 45 Absatz 2 Satz 3 der Sächsischen Haushaltsordnung bleibt unberührt.

(2) Ausgaben und veranschlagte Verpflichtungsermächtigungen zur Umsetzung der Förderprogramme der Europäischen Union sind, soweit europäisches Recht Umschichtungen ohne Änderungsantrag zulässt, gegenseitig deckungsfähig. Eine geplante einzelplanübergreifende Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit ist dem Staatsministerium der Finanzen anzuzeigen.

(3) Wenn und soweit sich zur Umsetzung der Operationellen Programme für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und für den Europäischen Sozialfonds sowie zur Umsetzung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums die Notwendigkeit von Umschichtungen ergibt, kann das Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit den betroffenen Ressorts Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen innerhalb und auch zwischen Einzelplänen umschichten und dafür auch neue Titel ausbringen. Für das Verfahren gilt § 10 Absatz 4 Satz 2 und 3 entsprechend.

(4) Fälligkeiten von veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen dürfen

1. mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen vorgezogen werden und
2. mit unverzüglicher Anzeige an das Staatsministerium der Finanzen hinausgeschoben werden.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen darf dadurch nicht überschritten werden.

(5) Als weitere Ausnahme zu Nummer 3 der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zu § 35 der Sächsischen Haushaltsordnung wird zugelassen, dass im Zuge der Abwicklung von Förderprogrammen der Europäischen Union Einnahmen aus Rückzahlungen einschließlich Zinsen, abzüglich etwaiger Verzugszinsen, von den Ausgaben abgesetzt werden können. Weiterhin können im Rahmen der Abwicklung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Europäischen Sozialfonds und des mit dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung verfolgten Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ Ausgaben für

Rückzahlungen an die Europäischen Union von den Einnahmen abgesetzt werden, sofern keine Verrechnung möglich ist.

(6) Bei mehr- und überjährigen Erstattungsverfahren kann das Staatsministerium der Finanzen die Einnahme- und Ausgabereise und Vorgriffe unter Berücksichtigung der Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben des gesamten Förderzeitraumes bis zu einer Höhe der in den bereits abgelaufenen Haushaltsjahren veranschlagten Einnahmen und Ausgaben übertragen.

(7) Das Staatsministerium der Finanzen darf die Einwilligung nach § 45 Absatz 3 der Sächsischen Haushaltsordnung für noch nicht mit Bewilligungen unteretzte Minderausgaben bei Förderprogrammen der Europäischen Union auf Grund der Rechtsverbindlichkeit der jeweiligen Finanzpläne oder Finanzierungspläne erteilen. Gleiches gilt für die Bildung und Übertragung der entsprechenden Einnahmereste. Darüber hinaus können Einnahmereste für noch nicht erstattete, aber geleistete Mehrausgaben gebildet werden.

§ 12

Bewegliche Sachen und Grundstücke

(1) Ein erheblicher Wert eines Grundstücks nach § 64 Absatz 2 Satz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung liegt vor, wenn der volle Wert mehr als 2 500 000 Euro beträgt.

(2) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 5 der Sächsischen Haushaltsordnung wird unbeschadet der Regelung des § 63 Absatz 4 der Sächsischen Haushaltsordnung zugelassen, dass mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen staatseigene Grundstücke an kommunale Körperschaften des öffentlichen Rechts und an in voller Höhe vom Freistaat Sachsen oder gemeinsam mit dem Bund, mit anderen Bundesländern oder mit dem Bund und anderen Bundesländern geförderte Zuwendungsempfänger unentgeltlich oder verbilligt zur Nutzung überlassen werden.

(3) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 5 der Sächsischen Haushaltsordnung wird zugelassen, dass

1. landeseigene Liegenschaften an Studentenwerke – Anstalten des öffentlichen Rechts –, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Bildungseinrichtungen und soziale Einrichtungen gegen ermäßigten Erbbauzins, ermäßigtes Nutzungsentgelt oder unentgeltlich überlassen werden können,
2. landeseigene Liegenschaften an Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsgemeinschaften im Sinne des Artikels 140 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland in Verbindung mit Artikel 141 der Verfassung des Deutschen Reichs in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummern 100-2 und 401-2, veröffentlichten bereinigten Fassung zu Zwecken des Gottesdienstes und der Seelsorge in Krankenhäusern, Justizvollzugsanstalten oder sonstigen öffentlichen Anstalten unentgeltlich überlassen werden können,
3. Kantinen in landeseigenen oder vom Freistaat Sachsen genutzten Liegenschaften unentgeltlich zur Nutzung überlassen werden können und
4. Kunstgüter an die „Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen gemeinnützige GmbH“ unentgeltlich überlassen werden können.

(4) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung wird zugelassen, dass mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen staatseigene bebaute und unbebaute Grundstücke

1. in Konversionsstandorten an kommunale Körperschaften des öffentlichen Rechts und an in voller Höhe vom Freistaat Sachsen oder gemeinsam mit dem Bund geförderte Zuwendungsempfänger unter dem vollen Wert veräußert werden können; dabei sind Regelungen für den Fall zu treffen, dass die Grundstücke weiterveräußert werden, und
2. zur Sicherung der Versorgung mit Einrichtungen der Gesundheit, der Jugendhilfe und der Familienförderung sowie mit Behinderten- und Pflegeeinrichtungen kommunalen Körperschaften des öffentlichen Rechts und anerkannt gemeinnützigen Trägern unter dem vollen Wert veräußert werden können; gleiches gilt, wenn durch eine Veräußerung unter dem vollen Wert eine materielle Privatisierung von Teilen der Staatsverwaltung erreicht werden kann und der Freistaat Sachsen dauerhaft von seinen diesbezüglichen Finanzierungsverpflichtungen befreit wird; dabei muss sichergestellt sein, dass die Grundstücke dem vorgesehenen Zweck auf angemessene Dauer dienen; bei anerkannt freigemeinnützigen Trägern muss ferner sichergestellt werden, dass die verbilligt erworbenen Grundstücke bei Liquidation an den Freistaat Sachsen zurückfallen.

(5) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung wird zugelassen, dass vom Freistaat Sachsen im Bereich der Datenverarbeitung entwickelte oder erworbene Programme unentgeltlich an juristische Personen des öffentlichen Rechts abgegeben oder zur Nutzung überlassen werden, soweit Gegenseitigkeit besteht. Besondere Vereinbarungen im Rahmen von Verbundentwicklungen bleiben hiervon unberührt.

(6) Es wird zugelassen, dass landeseigene Liegenschaften und bewegliche Sachen den Hochschulen im Sinne von § 1 Absatz 1 des Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetzes zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben in Forschung und Lehre

1. nach § 63 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 5 der Sächsischen Haushaltsordnung unentgeltlich überlassen werden können und
2. mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen und im Benehmen mit dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst nach § 63 Absatz 3 Satz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung unter dem vollen Wert veräußert werden können.

Des Weiteren können abweichend von § 63 Absatz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung landeseigene Liegenschaften mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen und im Benehmen mit dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst veräußert werden, wenn auf diese Weise die Verpflichtung des Freistaates Sachsen aus § 11 Absatz 9 Satz 1 des Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetzes nachweislich wirtschaftlicher erfüllt werden kann und die Liegenschaft der langfristigen Erfüllung der der Hochschule obliegenden Aufgaben dient.

(7) Das Staatsministerium der Finanzen kann unbeschadet der Regelung des § 113 Absatz 2 Satz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung der „Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen gemeinnützige GmbH“ und der Stiftung „Fürst-Pückler-Park Bad Muskau“ Einnahmen aus Erbbauverträgen zur Bewirtschaftung überlassen.

(8) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, abweichend von § 113 Absatz 2 Satz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung zeitweilig überschüssiges Barvermögen des Sondervermögens Grundstock an den allgemeinen Staatshaushalt (Kapitel 15 20 Titel 334 01) abzuliefern, soweit dies zur Verstärkung der Ausgaben in den Kapiteln 14 01 bis 14 20 für staatliche Hochbaumaßnahmen zur Unterbringung von Landesbehörden (Kapitel 14 20 Titel 713 91) und für den Bauunterhalt landeseigener Liegenschaften, die veräußert werden sollen (Kapitel 14 04 Titel 519 53), erforderlich ist. Sonstige Ablieferungspflichten bleiben hierdurch unberührt. Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, über § 113 Absatz 2 Satz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung hinaus Mittel des Sondervermögens Grundstock für Zahlungen nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 des Entschädigungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 2004 (BGBl. I S. 1658), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Mai 2011 (BGBl. I S. 920) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, für Zahlungen von Kommunalabgaben, Erschließungskosten für landeseigene Liegenschaften oder für Grundstückssicherungskosten im Zusammenhang mit Industriensiedlungen von überregionaler Bedeutung zu verwenden. Abweichend von § 113 Absatz 2 Satz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung dürfen Mittel, die dem Sondervermögen Grundstock im Zusammenhang mit den ehemaligen Truppenübungsplätzen Königsbrück und Zeithain zugeführt wurden, nur für diese Liegenschaften und für alle mit diesen Liegenschaften im Zusammenhang stehenden Zwecke verwendet werden. Darüber hinaus dürfen abweichend von § 113 Absatz 2 Satz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung Mittel des Sondervermögens Grundstock

1. bis zur Höhe des Erlöses aus dem Verkauf eines Fiskalerbschaftsgrundstücks in Anwendung der §§ 1967, 1975 des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Zahlung von Verbindlichkeiten des jeweiligen Nachlasses,
2. zur Entwicklung von Grundstücken mit dem Ziel einer wirtschaftlichen Veräußerung oder Verwertung und
3. für vorgezogene Kompensationsmaßnahmen auf Grundstücken mit dem Ziel, ein Ökokonto gemäß § 16 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 19 des Gesetzes vom 13. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2258) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, in Verbindung mit § 11 Absatz 1 des Sächsischen Naturschutzgesetzes vom 6. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 451), das zuletzt durch Artikel 25 des Gesetzes vom 29. April 2015 (SächsGVBl. S. 349) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, anzulegen,

verwendet werden. Die Erlöse aus der Inanspruchnahme von Maßnahmen des Ökokontos, die mit Grundstockmitteln hergestellt worden sind, werden wieder im Grundstock vereinnahmt.

(9) Nach § 63 Absatz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung dürfen mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen und bei Nachweis der Wirtschaftlichkeit Flächen im strategischen Staatsinteresse erworben werden.

§ 13

Erprobung von Budgetierungsverfahren

(1) Mit der modellhaften Einführung der Budgetierung in einzelnen Dienststellen der Staatsverwaltung soll erprobt werden, ob durch erhöhte Flexibilität bei der Mittelbewirtschaftung und durch Einsatz betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente nachweislich Einsparungen oder ein höherer Wirkungs-

grad erreicht werden können. Hierzu soll bestimmt werden, inwieweit zeitlich befristet zusätzlich zu den Festlegungen in § 7a Absatz 3 der Sächsischen Haushaltsordnung Mittel und Stellen über § 50 Absatz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung hinaus umgesetzt und die dazu erforderlichen neuen Titel über § 37 Absatz 1 Satz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung hinaus ausgebracht werden.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Rahmen des Haushaltsvollzuges Behörden Flexibilität in der Mittelbewirtschaftung gemäß Absatz 1 zu gestatten, sofern die Voraussetzungen nach § 7a der Sächsischen Haushaltsordnung vorliegen. Vor Beginn der Erprobung ist eine Ressortvereinbarung zwischen dem zuständigen Ressort und dem Staatsministerium der Finanzen abzuschließen. Die Gestattung des Modellversuchs bedarf der Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages.

Dresden, den 15. Dezember 2016

Der Landtagspräsident
Dr. Matthias Rößler

Der Ministerpräsident
Stanislaw Tillich

Der Staatsminister der Finanzen
Prof. Dr. Georg Unland

§ 14

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2017 in Kraft, soweit in Satz 2 nichts anderes bestimmt ist. Die Bestimmungen für den Haushaltsplan 2018 treten am 1. Januar 2018 in Kraft.

(2) Dieses Gesetz tritt am Tag des Inkrafttretens des Haushaltsgesetzes 2019/2020, jedoch nicht vor dem 31. Dezember 2018, außer Kraft.

Teil I: Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2017

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen										Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamteinnahmen - Gesamtausgaben)	Verpflichtungsmöglichkeiten	Einzelplan			
		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	Gesamtausgaben	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -				- Tsd. EUR -		
01	Landtag	102,0	102,0			102,0						12 577,2			515,7					62 704,2	- 62 602,2		01
02	Staatskanzlei	31,0	31,0	430,0		461,0		16 586,4			10 907,3	7 186,1			985,0					35 674,8	- 35 213,8		02
03	Staatsministerium des Innern	21 343,0	21 343,0	68 080,6	80 618,7	170 042,3	80 618,7	1 004 629,8			229 044,2	638 936,0	1 270,0		375 489,9	30,0				2 249 399,9	- 2 079 357,6		03
04	Staatsministerium der Finanzen	28 765,9	28 765,9	7 024,0		35 789,9		353 763,4			16 956,9	186 998,0			16 100,0					573 818,3	- 538 028,4		04
05	Staatsministerium für Kultus	1 510,2	1 510,2	11 136,3	18 571,8	31 218,3	18 571,8	2 311 258,4			30 712,4	1 039 993,0			88 036,2					3 470 000,0	- 3 438 781,7		05
06	Staatsministerium der Justiz	211 529,9	211 529,9	22 890,8		234 420,7		471 900,1			207 057,1	159 573,6			12 581,3					851 112,1	- 616 691,4		06
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	21 259,8	21 259,8	771 532,7	376 370,9	1 169 163,4	376 370,9	91 314,3			101 992,3	728 471,5	125 602,1		645 775,3					1 772 837,9	- 603 674,5		07
08	Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz	13 652,7	13 652,7	492 329,4	12 500,0	518 482,1	12 500,0	51 791,5			29 954,7	1 035 744,5			169 220,2					1 286 843,4	- 768 361,3		08
09	Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft	8 252,1	8 252,1	56 544,4	127 646,4	209 742,9	127 646,4	108 886,0			43 036,3	200 100,9	400,0		271 289,0					623 712,2	- 413 969,3		09
11	Rechnungshof	0,3	0,3	40,0		40,3		17 856,3			718,2	4 448,6			156,7					23 179,8	- 23 139,5		11
12	Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	21 222,0	21 222,0	321 286,3	77 321,9	419 830,2	77 321,9	51 606,4			10 769,0	1 670 942,5	8 700,0		257 891,7					1 999 909,6	- 1 580 079,4		12
14	Staatliche Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung	4 925,0	4 925,0		7 055,6	11 980,6	7 055,6				312 821,1		368 356,7		9 820,0					690 997,8	- 679 017,2		14
15	Allgemeine Finanzverwaltung	11 786 127,5	79 964,9	3 148 281,5	765 036,1	15 779 410,0	765 036,1	118 155,0			184 123,0	4 048 206,9			552 326,0					4 940 493,7	10 838 916,3		15
	Summe 2017	11 803 427,5	412 558,8	4 899 576,0	1 465 121,4	18 580 683,7	1 465 121,4	4 642 275,9			1 183 175,5	9 733 178,8	504 328,8		2 400 197,0					18 580 683,7	0,0		
	Summe 2016	10 766 967,0	385 636,3	4 824 495,4	1 301 693,1	17 278 791,8	1 301 693,1	4 260 119,1			1 115 338,0	8 981 348,5	557 384,9		2 351 117,6					17 278 791,8	0,0		
	2017 mehr (+)/weniger(-)	+ 1 036 460,5	+ 26 922,5	+ 75 080,6	+ 163 428,3	+ 1 301 891,9	+ 163 428,3	+ 382 156,8			+ 67 837,5	+ 751 830,3	- 53 056,1		+ 49 079,4					+ 1 301 891,9	+ 0,0		

Übersicht über die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen 2017

Einzelplan	Zweckbestimmung	Soll		Soll VE		Soweit im Haushaltsplan Fälligkeitsdaten festgelegt, entfallen auf das Haushaltsjahr				Vorbelastung der Haushaltsjahre ab 2018							
		2017 - Tsd. EUR -	3	2017 - Tsd. EUR -	4	2018 - Tsd. EUR -	5	2019 - Tsd. EUR -	6	2020 - Tsd. EUR -	7	2021 ff. - Tsd. EUR -	8	Soll VE 2017 - Tsd. EUR -	9	Vorbelastung aus VE früherer Haushaltsjahre - Tsd. EUR -	10
02	Staatskanzlei	5 867,0	3 035,9	3 035,9	2 902,9	133,0	2 902,9	133,0	133,0	2 902,9	133,0	3 035,9	3 035,9	2 530,0	5 565,9		
03	Staatsministerium des Innern	442 576,0	395 997,4	395 997,4	152 406,7	118 693,9	152 406,7	118 693,9	67 075,9	67 075,9	57 820,9	395 997,4	395 997,4	383 830,1	779 827,5		
04	Staatsministerium der Finanzen	9 747,2	1 420,0	1 420,0	310,0	370,0	310,0	370,0	200,0	200,0	540,0	1 420,0	1 420,0	70,0	1 490,0		
05	Staatsministerium für Kultus	151 593,9	155 518,1	155 518,1	94 670,7	52 396,3	94 670,7	52 396,3	6 951,1	6 951,1	1 500,0	155 518,1	155 518,1	53 247,5	208 765,6		
06	Staatsministerium der Justiz	24 781,9	21 636,0	21 636,0	9 428,0	3 988,0	9 428,0	3 988,0	3 070,0	3 070,0	5 150,0	21 636,0	21 636,0	19 849,4	41 485,4		
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	995 870,6	1 319 066,7	1 319 066,7	504 775,9	375 679,1	504 775,9	375 679,1	287 696,0	287 696,0	150 915,7	1 319 066,7	1 319 066,7	757 955,2	2 077 021,9		
08	Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz	280 007,3	160 950,2	160 950,2	122 305,6	22 725,3	122 305,6	22 725,3	13 874,3	13 874,3	2 045,0	160 950,2	160 950,2	75 782,5	236 732,7		
09	Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft	391 117,5	298 457,2	298 457,2	145 178,4	84 377,9	145 178,4	84 377,9	50 252,0	50 252,0	18 648,9	298 457,2	298 457,2	179 668,4	478 125,6		
12	Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	247 650,6	202 494,0	202 494,0	71 924,0	65 890,0	71 924,0	65 890,0	50 525,0	50 525,0	14 155,0	202 494,0	202 494,0	56 902,1	259 396,1		
14	Staatliche Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung	29 800,0	309 930,0	309 930,0	186 400,0	85 930,0	186 400,0	85 930,0	17 600,0	17 600,0	20 000,0	309 930,0	309 930,0	236 719,8	546 649,8		
15	Allgemeine Finanzverwaltung	190 140,1	199 129,5	199 129,5	92 829,5	48 800,0	92 829,5	48 800,0	27 260,0	27 260,0	30 240,0	199 129,5	199 129,5	92 280,0	291 409,5		
	Zusammen	2 769 152,1	3 067 635,0	3 067 635,0	1 383 131,7	858 983,5	1 383 131,7	858 983,5	524 504,3	524 504,3	301 015,5	3 067 635,0	3 067 635,0	1 858 835,0	4 926 470,0		

Teil I: Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2018

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen			Ausgaben							+ Überschuss - Zuschuss (Gesamteinnahmen - Gesamtausgaben)	Verpflichtungsmäch- tigungen	Einzelplan	
		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9				
		- Tsd. EUR	- Tsd. EUR	- Tsd. EUR	- Tsd. EUR	- Tsd. EUR	- Tsd. EUR	- Tsd. EUR	- Tsd. EUR	- Tsd. EUR	- Tsd. EUR	- Tsd. EUR	- Tsd. EUR	- Tsd. EUR	- Tsd. EUR
01	Landtag		102,0	250,0	352,0	45 641,5	4 456,8	12 795,1			429,0		63 322,4	- 62 970,4	01
02	Staatskanzlei		31,0	470,0	501,0	16 984,0	10 354,3	7 148,5			915,0		35 401,8	- 34 900,8	02
03	Staatsministerium des Innern		21 364,6	100 558,1	85 662,7	1 041 538,9	207 888,2	597 382,3	1 370,0		401 363,6	30,0	2 249 573,0	- 2 041 987,6	03
04	Staatsministerium der Finanzen		28 765,9	13 706,0	42 471,9	359 517,7	17 044,5	189 997,9			17 677,3		584 237,4	- 541 765,5	04
05	Staatsministerium für Kultus		1 517,7	11 254,1	15 228,0	2 436 913,1	33 390,1	1 109 258,2			83 846,7		3 663 408,1	- 3 635 408,3	05
06	Staatsministerium der Justiz		211 529,9	30 890,8	242 420,7	482 365,4	211 429,2	162 891,4			14 367,0		871 053,0	- 628 632,3	06
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr		21 287,7	772 153,9	366 580,9	92 857,9	102 162,7	743 369,8	125 602,1		643 778,6	66 296,0	1 774 067,1	- 614 044,6	07
08	Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz		13 680,8	503 437,8	12 500,0	52 643,5	28 413,6	999 013,9			161 649,4	132,5	1 241 852,9	- 712 234,3	08
09	Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft		17 300,0	58 648,4	131 441,2	111 151,4	43 828,9	200 126,6	450,0		279 728,1		635 285,0	- 419 732,2	09
11	Rechnungshof		0,3	810,0	810,3	18 227,2	749,7	4 557,1			177,7		23 711,7	- 22 901,4	11
12	Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst		21 222,0	303 763,9	78 289,4	55 457,8	10 938,8	1 665 081,5	15 000,0		250 843,8		1 997 321,9	- 1 594 046,6	12
14	Staatliche Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung		4 745,0		15 782,5		314 786,6		368 776,7		7 420,0		690 983,3	- 670 455,8	14
15	Allgemeine Finanzverwaltung		12 154 366,6	3 174 789,7	684 011,3	123 979,8	184 876,0	4 203 478,5			589 984,2	13 321,7	5 115 640,2	10 979 079,8	15
	Summe 2018	12 171 666,6	413 962,5	4 970 732,7	1 389 496,0	4 837 278,2	1 170 319,4	9 895 100,8	511 198,8	2 452 180,4	79 780,2	18 945 857,8	0,0	2 575 870,5	
	Summe 2017	11 803 427,5	412 558,8	4 899 576,0	1 465 121,4	4 642 275,9	1 183 175,5	9 733 178,8	504 328,8	2 400 197,0	117 527,7	18 580 683,7	0,0	3 067 635,0	
	2018 mehr (+)/weniger(-)	+ 368 239,1	+ 1 403,7	+ 71 156,7	- 75 625,4	+ 195 002,3	- 12 856,1	+ 161 922,0	+ 6 870,0	+ 51 983,4	- 37 747,5	+ 365 174,1	+ 0,0	- 491 764,5	

Übersicht über die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen 2018

Einzelplan	Zweckbestimmung	Soll		Soweit im Haushaltsplan Fälligkeitsdaten festgelegt, entfallen auf das Haushaltsjahr				Vorbelastung der Haushaltsjahre ab 2019		
		2018		2019	2020	2021 ff.	Soll VE 2018	Vorbelastung aus VE früherer Haushaltsjahre	Gesamtsumme der VE-Vorbelastungen	
		- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
02	Staatskanzlei	5 812,2	3 010,9	2 877,9	1 330,0		3 010,9	133,0	3 143,9	
03	Staatsministerium des Innern	452 242,0	344 504,3	152 163,9	104 511,2	87 829,2	344 504,3	377 779,7	722 284,0	
04	Staatsministerium der Finanzen	10 588,1	303,0	174,0	114,0	15,0	303,0	170,0	473,0	
05	Staatsministerium für Kultus	140 505,5	138 104,2	74 852,5	57 172,2	6 079,5	138 104,2	67 094,3	205 198,5	
06	Staatsministerium der Justiz	26 942,6	23 529,0	11 924,0	5 695,0	5 910,0	23 529,0	21 561,0	45 090,0	
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	966 032,1	1 028 417,8	430 406,0	346 653,9	251 357,9	1 028 417,8	1 047 434,1	2 075 851,9	
08	Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz	228 487,0	121 446,9	70 117,3	28 583,3	22 746,3	121 446,9	70 545,9	191 992,8	
09	Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft	395 084,6	284 738,2	132 365,9	81 622,4	70 749,9	284 738,2	216 810,7	501 548,9	
12	Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	119 308,5	96 986,7	40 445,0	36 195,0	20 346,7	96 986,7	100 514,8	197 501,5	
14	Staatliche Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung	20 000,0	371 000,0	226 000,0	106 100,0	38 900,0	371 000,0	239 591,4	610 591,4	
15	Allgemeine Finanzverwaltung	172 606,7	163 829,5	94 529,5	52 440,0	16 860,0	163 829,5	116 320,0	280 149,5	
	Zusammen	2 537 609,3	2 575 870,5	1 235 856,0	819 220,0	520 794,5	2 575 870,5	2 257 954,9	4 833 825,4	

Teil II: Finanzierungsübersicht 2017/2018

	Betrag für 2017 Tsd. EUR	Betrag für 2018 Tsd. EUR
1	2	3
A. Ermittlung des Finanzierungssaldos		
1. Einnahmen (ohne Aufnahme von Krediten, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus Überschüssen)	18 085 827,2	18 532 026,1
2. Ausgaben (ohne Tilgung von Krediten, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen)	18 476 640,2	18 879 561,8
3. Finanzierungssaldo (Nr. 1 abzüglich Nr. 2)	- 390 813,0	- 347 535,7
B. Deckung des Finanzierungssaldos		
1. Netto-Neuverschuldung		
1.1 Aufnahme von Krediten (brutto)	300 500,0	1 117 725,8
1.2 Tilgung von Krediten	375 500,0	1 192 725,8
1.3 Nettokreditaufnahme (+)/Nettokredittilgung (-) (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	- 75 000,0	- 75 000,0
2. Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren		
2.1 Einnahmen aus Überschüssen		
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen		
3. Rücklagenbewegung		
3.1 Entnahmen aus Rücklagen	569 856,5	488 831,7
3.2 Zuführungen an Rücklagen	104 043,5	66 296,0
3.3 Saldo (Nr. 3.1 abzüglich Nr. 3.2)	465 813,0	422 535,7
4. Deckung insgesamt (Nr. 1.3 und Nr. 3.3)	390 813,0	347 535,7

Teil III: Kreditfinanzierungsplan 2017/2018

	Betrag für 2017 Tsd. EUR	Betrag für 2018 Tsd. EUR
1	2	3
1. Kredite am Kreditmarkt		
1.1 Aufnahme von Krediten am Kreditmarkt	300 500,0	1 117 725,8
1.2 Tilgung von Krediten am Kreditmarkt	301 500,0	729 725,8
1.3 Nettokreditaufnahme (+)/Nettokredittilgung (-) am Kreditmarkt (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	- 1 000,0	388 000,0
2. Kredite im öffentlichen Bereich		
2.1 Aufnahme von Krediten bei Sondervermögen		
2.2 Tilgung von Krediten bei Sondervermögen	74 000,0	463 000,0
2.3 Nettokreditaufnahme (+)/Nettokredittilgung (-) bei Sondervermögen (Nr. 2.1 abzüglich Nr. 2.2)	- 74 000,0	- 463 000,0
3. Kreditaufnahme gesamt		
3.1 Aufnahme von Krediten (Nr. 1.1 und Nr. 2.1)	300 500,0	1 117 725,8
3.2 Tilgung von Krediten (Nr. 1.2 und Nr. 2.2)	375 500,0	1 192 725,8
3.3 Nettokreditaufnahme (+)/Nettokredittilgung (-) (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)	- 75 000,0	- 75 000,0

Gesetz begleitender Regelungen zum Doppelhaushalt 2017/2018 (Haushaltsbegleitgesetz 2017/2018 – HBG 2017/2018)

Vom 15. Dezember 2016

Der Sächsische Landtag hat am 15. Dezember 2016 das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht

- Artikel 1 Änderung des Sächsischen Garantiefondsgesetzes
- Artikel 2 Änderung des Sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes
- Artikel 3 Änderung des Versorgungsrücklagengesetzes
- Artikel 4 Änderung des Sächsischen Besoldungsgesetzes
- Artikel 5 Weitere Änderung des Sächsischen Besoldungsgesetzes
- Artikel 6 Änderung des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung
- Artikel 7 Änderung des Sächsischen Justizgesetzes
- Artikel 8 Änderung des Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetzes
- Artikel 9 Änderung des Gesetzes zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr
- Artikel 10 Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Sächsischen Landesstiftung Natur und Umwelt
- Artikel 11 Änderung der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Durchführung des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung
- Artikel 12 Änderung des Sächsischen Denkmalschutzgesetzes
- Artikel 13 Änderung der Sächsischen Haushaltsordnung
- Artikel 14 Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Zukunftssicherungsfonds Sachsen“
- Artikel 15 Änderung des Sächsischen Ganztagsangebotsgesetzes
- Artikel 16 Inkrafttreten

Artikel 1

Änderung des Sächsischen Garantiefondsgesetzes

Das Sächsische Garantiefondsgesetz vom 15. Dezember 2010 (SächsGVBl. S. 387, 392) wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt gefasst:

„§ 3
Finanzierung

(1) Der Fonds erhält Zuführungen nach Maßgabe des Staatshaushaltsplans.

(2) Soweit der Fonds vor dem 1. Januar 2017 Geldanlagen getätigt hat, kommen die daraus erwachsenden Zinsen dem Sondervermögen auch nach dem 1. Januar 2017 zugute.

(3) Der Fonds kann unbeschadet der in § 8 Satz 3 vorgesehenen Rückführung vorab Rückführungen an den Staatshaushalt leisten, soweit dadurch die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen des Fonds nicht gefährdet wird.“

2. § 5 Absatz 3 und 4 wird wie folgt gefasst:

„(3) Fondsvermögen, das noch nicht für Fondszwecke benötigt wird, bleibt unverzinst im Liquiditäts- und Zinsmanagement des Freistaates Sachsen.

(4) Für die Verwaltung, Bewirtschaftung und Prüfung des Fonds gelten die Sächsische Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 15. Dezember 2016 (SächsGVBl. S. 630) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, sowie die zu ihrer Ergänzung und Durchführung erlassenen Vorschriften entsprechend, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt.“

3. § 6 wird wie folgt gefasst:

„§ 6
Wirtschaftsplan

Das Staatsministerium der Finanzen erstellt für den Fonds für jedes Jahr einen Wirtschaftsplan. Der Wirtschaftsplan ist dem Staatshaushaltsplan in den jeweiligen Haushaltsjahren als Anlage beizufügen.“

4. § 8 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Das bei Auflösung vorhandene Fondsvermögen ist dem Staatshaushalt zuzuführen.“

Artikel 2 Änderung

des Sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes

Das Sächsische Verwaltungsorganisationsgesetz vom 25. November 2003 (SächsGVBl. S. 899), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 22. Oktober 2016 (SächsGVBl. S. 498) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 8 Absatz 2 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
„Im Rahmen der Aufgaben und Zuständigkeiten des Staatsbetriebs Zentrales Flächenmanagement Sachsen nach § 9 Absatz 2 stellt der Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen dem Staatsbetrieb Zentrales Flächenmanagement Sachsen nach § 11 des Sächsischen Vermessungs- und Katastergesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 148), das zuletzt durch das Gesetz vom 19. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 482) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, die Informationen aus den Eigentümerdaten des amtlichen Vermessungswesens laufend bereit.“
2. § 9 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe c wird folgender Buchstabe d eingefügt:
„d) der Staatsbetrieb Zentrales Flächenmanagement Sachsen,“.

- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 7 werden die Wörter „und der Sicherung des Landesvermögens“ durch die Wörter „im Rahmen der Behördenunterbringung“ ersetzt.
- bb) Die folgenden Sätze werden angefügt:
 „Der Staatsbetrieb Zentrales Flächenmanagement Sachsen nimmt die Aufgaben des ressortübergreifenden Flächenmanagements einschließlich des Kompensationsmanagements und der Sicherung des Landesvermögens wahr. Er nimmt insbesondere Aufgaben des Grundstücksverkehrs und der Flächenarrondierung wahr und ist für die Abwicklung von Fiskalerbschaften sowie die Ausübung von Aneignungsrechten zuständig. Weiterhin nimmt er für den Freistaat Sachsen die Aufgaben als Grundstückseigentümer wahr, sofern keine Ausnahmen vom Staatsministerium der Finanzen zugelassen werden.“
- c) Folgender Absatz 3 wird angefügt:
 „(3) Der Staatsbetrieb Zentrales Flächenmanagement Sachsen wird bis zum 31. Dezember 2020 evaluiert. Dabei sind insbesondere die Zusammenarbeit mit anderen Behörden der Staatsregierung, die Vollständigkeit der Flächenberücksichtigung sowie die erreichte Wirtschaftlichkeit zu untersuchen.“

Artikel 3

Änderung des Versorgungsrücklagengesetzes

Das Versorgungsrücklagengesetz vom 17. Februar 1999 (SächsGVBl. S. 46), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 12 wird wie folgt gefasst:
 „§ 12
 Entnahme der Mittel und Auflösung der Sondervermögen
- (1) Die in der Versorgungsrücklage des Freistaates Sachsen angesparten Mittel werden im staatlichen Bereich im Kalenderjahr 2018 in den laufenden Haushalt überführt und zur Finanzierung der anfallenden Ausgaben von Versorgung einschließlich Beihilfe und für Zahlungen aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtung anstelle der Versorgung verwendet.
- (2) Die Sondervermögen für die sonstigen Dienstherren nach § 1 Absatz 1, die sich an dem Sondervermögen nach § 2 Absatz 1 beteiligt haben, werden spätestens zum 31. Dezember 2018 an diese ausgezahlt.
- (3) Nach Auszahlung der Mittel nach den Absätzen 1 und 2 gelten die Sondervermögen als aufgelöst.“
2. Folgender § 13 wird angefügt:
 „§ 13
 Außerkrafttreten
- Dieses Gesetz tritt am 31. Dezember 2018 außer Kraft.“

Artikel 4

Änderung des Sächsischen Besoldungsgesetzes

Das Sächsische Besoldungsgesetz vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 1005), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 22. Oktober 2016 (SächsGVBl. S. 498) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 20 wie folgt gefasst:
 „§ 20 (weggefallen)“.
2. § 20 wird aufgehoben.
3. § 22 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 3 wird aufgehoben.
 - b) Absatz 4 wird Absatz 3.
4. In § 30 Absatz 7 und § 31 Absatz 1 wird jeweils die Angabe „Abs. 4“ durch die Angabe „Absatz 3“ ersetzt.
5. Die Anlage 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Besoldungsgruppe A 12 wird wie folgt gefasst:
 „Besoldungsgruppe A 12

Amtsanwalt¹⁾

A m t s r a t

Fachlehrer

– mit abgeschlossener Ingenieur- oder Fachhochschulbildung²⁾ –

Kriminalhauptkommissar³⁾

Lehrer

– mit der Befähigung für das Lehramt an Grundschulen bei einer entsprechenden Verwendung¹⁾ –
 Polizeihauptkommissar³⁾

Polizeischullehrer

¹⁾ Als Eingangsamt.

²⁾ Nur für Beamte, die nach Abschluss der Ingenieur- oder Fachhochschulbildung eine achtjährige Lehrtätigkeit oder eine dreijährige Dienstzeit seit Einstellung als Fachlehrer in der Besoldungsgruppe A 11 verbracht haben.

³⁾ Soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 11.“

- b) Die Besoldungsgruppe A 13 wird wie folgt gefasst:
 „Besoldungsgruppe A 13

Akademischer Rat

– als wissenschaftlicher oder künstlerischer Mitarbeiter an einer Hochschule –

Erster Kriminalhauptkommissar

Erster Polizeihauptkommissar

Grundschulkonrektor¹⁾

Grundschulrektor^{1) 2)}

Lehrer

– mit der Befähigung für das Lehramt an Grundschulen bei einer entsprechenden Verwendung und der ständigen Wahrnehmung der Funktion als Fachberater –

– mit der Befähigung für das Lehramt an Mittelschulen bei einer entsprechenden Verwendung³⁾ –

– mit der Befähigung für das Lehramt Sonderpädagogik bei einer entsprechenden Verwendung³⁾ –

Oberamtsanwalt⁴⁾

Polizeischuloberlehrer

R a t^{5) 6)}

Studienrat

- am Sächsischen Bildungsinstitut –
- mit der Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen bei einer entsprechenden Verwendung –
- mit der Befähigung für das Lehramt an Gymnasien bei einer entsprechenden Verwendung –

¹⁾ Nach Maßgabe des Haushaltsplans können Planstellen mit einer Amtszulage nach Anlage 7 ausgestattet werden.

²⁾ Soweit nicht in Besoldungsgruppe A 14.

³⁾ Als Eingangsamt.

⁴⁾ Für Funktionen eines Amtsanwalts bei Staatsanwaltschaften, die sich von denen der Besoldungsgruppe A 13 abheben, können nach Maßgabe sachgerechter Bewertung bis zu 20 Prozent der Stellen für Oberamtsanwälte mit einer Amtszulage nach Anlage 7 ausgestattet werden.

⁵⁾ Für technische Funktionen, die sich von denen der Besoldungsgruppe A 13 abheben, können nach Maßgabe sachgerechter Bewertung bis zu 20 Prozent der für diese Beamten ausgebrachten Stellen der Besoldungsgruppe A 13 mit einer Amtszulage nach Anlage 7 ausgestattet werden.

⁶⁾ Für Funktionen eines Rechtspflegers bei Gerichten und Staatsanwaltschaften, die sich von denen der Besoldungsgruppe A 13 abheben, können nach Maßgabe sachgerechter Bewertung bis zu 20 Prozent der für diese Beamten ausgebrachten Stellen der Besoldungsgruppe A 13 mit einer Amtszulage nach Anlage 7 ausgestattet werden.“

- c) Die Besoldungsgruppe A 14 wird wie folgt gefasst:
„Besoldungsgruppe A 14

Förderschulkonrektor¹⁾Förderschulrektor^{1) 2)}Grundschulrektor³⁾

Lehrer

- mit der Befähigung für das Lehramt an Mittelschulen bei einer entsprechenden Verwendung und der ständigen Wahrnehmung der Funktion als Fachberater –

- mit der Befähigung für das Lehramt Sonderpädagogik bei einer entsprechenden Verwendung und der ständigen Wahrnehmung der Funktion als Fachberater –

Mittelschulkonrektor¹⁾Mittelschulrektor^{1) 2)}

O b e r r a t

Oberstudienrat

- am Sächsischen Bildungsinstitut –
 - mit der Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen bei einer entsprechenden Verwendung –
 - mit der Befähigung für das Lehramt an Gymnasien bei einer entsprechenden Verwendung –
- Polizeischulrektor

¹⁾ Nach Maßgabe des Haushaltsplans können Planstellen mit einer Amtszulage nach Anlage 7 ausgestattet werden.

²⁾ Soweit nicht in Besoldungsgruppe A 15.

³⁾ Soweit nicht in Besoldungsgruppe A 13.“

- d) Die Besoldungsgruppe A 15 wird wie folgt gefasst:
„Besoldungsgruppe A 15

D i r e k t o r

Förderschulrektor¹⁾

Kanzler der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (FH), Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen

Kanzler der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH)

Kanzler einer Kunsthochschule

Mittelschulrektor¹⁾

Studiendirektor

- als der ständige Vertreter des Leiters des Gymnasiums St. Afra Meißen²⁾ –

- als der ständige Vertreter des Leiters einer beruflichen Schule³⁾ –

- als der ständige Vertreter des Leiters eines Gymnasiums³⁾ –

- als Leiter einer beruflichen Schule³⁾ –

- als Leiter eines Gymnasiums²⁾ –

- am Sächsischen Bildungsinstitut –

¹⁾ Soweit nicht in Besoldungsgruppe A 14.

²⁾ Erhält eine Amtszulage nach Anlage 7.

³⁾ Nach Maßgabe des Haushaltsplans können Planstellen mit einer Amtszulage nach Anlage 7 ausgestattet werden.“

- e) Die Besoldungsgruppe A 16 wird wie folgt gefasst:
„Besoldungsgruppe A 16

Direktor einer Regionalstelle der Sächsischen Bildungsagentur^{1) 2)}

Kanzler einer Fachhochschule

Landesbeauftragter für Ausländerfragen

L e i t e n d e r D i r e k t o r³⁾

Leitender Regierunsdirektor

- als Leiter des Fortbildungszentrums des Freistaates Sachsen bei der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (FH), Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen –

Ministerialrat⁴⁾

Museumsdirektor und Professor

Oberstudiendirektor

- als Leiter des Gymnasiums für Musik Carl Maria von Weber Dresden –

- als Leiter des Gymnasiums St. Afra Meißen⁵⁾ –

- als Leiter einer beruflichen Schule –

- als Leiter eines Gymnasiums –

Prorektor der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH)

Sächsischer Landeskonservator

- als Leiter des Landesamts für Denkmalpflege –

Unternehmensbereichsleiter des Staatsbetriebs Sächsisches Immobilien- und Baumanagement⁴⁾

¹⁾ Soweit nicht in Besoldungsgruppe B 2.

²⁾ Leiter einer besonders großen Regionalstelle erhalten eine Amtszulage nach Anlage 7.

³⁾ Für Funktionen, die sich von denen der Besoldungsgruppe A 16 abheben, können nach Maßgabe sachgerechter Bewertung jeweils bis zu 30 Prozent der Stellen mit einer Amtszulage nach Anlage 7 ausgestattet werden.

⁴⁾ Soweit nicht in den Besoldungsgruppen B 2 oder B 3.

⁵⁾ Erhält eine Amtszulage nach Anlage 7.“

6. Die Anlage 2 wird wie folgt geändert:
- a) Die Besoldungsgruppe B 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach den Wörtern „Direktor der Justizvollzugsanstalt – als Leiter einer Justizvollzugsanstalt mit mehr als 700 Haftplätzen⁴⁾ –“ werden ein Zeilenumbruch und die Wörter „Geschäftsführer der Staatlichen Betriebsgesellschaft für Umwelt und Landwirtschaft“ eingefügt.
 - bb) Nach den Wörtern „Geschäftsführer des Staatsbetriebs Geobasisinformation und Vermessung Sachsen“ werden ein Zeilenumbruch und die Wörter „Geschäftsführer des Staatsbetriebs Zentrales Flächenmanagement Sachsen“ eingefügt.
 - cc) Nach den Wörtern „als Geschäftsführer des Staatsbetriebs Staatliche Kunstsammlungen Dresden²⁾ –“ werden ein Zeilenumbruch und die Wörter „Leitender Kreisdirektor – als einem Beamten auf Zeit unmittelbar unterstellter Leiter einer besonders großen und besonders bedeutenden Abteilung in einem Landkreis mit mehr als 200 000 Einwohnern⁵⁾ –“ eingefügt.
 - dd) In der Fußnote 1 werden nach der Angabe „Besoldungsgruppe B 3“ die Wörter „; nur im staatlichen Bereich“ eingefügt.
 - ee) Die Fußnote 5 wird wie folgt gefasst:
„Die Zahl der Planstellen in einer Stadt darf höchstens 3, mit mehr als 450 000 Einwohnern höchstens 4 betragen. Die Zahl der Planstellen in einem Landkreis darf höchstens 2 betragen.“
 - b) In der Besoldungsgruppe B 3 werden die Wörter „Geschäftsführer des Staatsbetriebs Landestalsperrenverwaltung“ gestrichen.
 - c) In der Besoldungsgruppe B 4 werden nach den Wörtern „Geschäftsführer des Staatsbetriebs Geobasisinformation und Vermessung Sachsen¹⁾“ ein Zeilenumbruch und die Wörter „Geschäftsführer des Staatsbetriebs Landestalsperrenverwaltung“ sowie ein weiterer Zeilenumbruch und die Wörter „Geschäftsführer des Staatsbetriebs Zentrales Flächenmanagement Sachsen¹⁾“ eingefügt.
7. Die Anlage 7 wird wie folgt geändert:
- a) In der Angabe zur Besoldungsgruppe A 12 wird die Angabe „A 12“, die Angabe „3, 4“ und die Angabe „166,22“ gestrichen.
 - b) In der Angabe zur Besoldungsgruppe A 13 wird die Angabe „2“ durch die Angabe „1“ ersetzt.
 - c) In der Angabe zur Besoldungsgruppe A 14 wird die Angabe „2“ durch die Angabe „1“ ersetzt.
 - d) In der Angabe zur Besoldungsgruppe A 15 wird die Angabe „3“ durch die Angabe „2, 3“ ersetzt.
 - e) In der Angabe zur Besoldungsgruppe A 16 wird die Angabe „2, 3“ durch die Angabe „2, 3, 5“ ersetzt.
2. § 59 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 4 wird das Wort „oder“ nach dem Wort „Schichtdienst“ durch ein Komma ersetzt.
 - b) In Nummer 5 wird nach dem Wort „Einsätze“ das Wort „oder“ eingefügt.
 - c) Folgende Nummer 6 wird angefügt:
„6. der Fachrichtung Feuerwehr als Lehrkraft an der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule“
3. Die Anlage 1 wird wie folgt geändert:
- a) In der Besoldungsgruppe A 13 wird das Wort „Mittelschulen“ durch das Wort „Oberschulen“ ersetzt.
 - b) Die Besoldungsgruppe A 14 wird wie folgt geändert:
 - aa) Das Wort „Mittelschulen“ wird durch das Wort „Oberschulen“ ersetzt.
 - bb) Das Wort „Mittelschulkonrektor“ wird durch das Wort „Oberschulkonrektor“ ersetzt.
 - cc) Das Wort „Mittelschulrektor“ wird durch das Wort „Oberschulrektor“ ersetzt.
 - c) In der Besoldungsgruppe A 15 wird das Wort „Mittelschulrektor“ durch das Wort „Oberschulrektor“ ersetzt.
 - d) In den Besoldungsgruppen A 13, A 14 und A 15 werden die Wörter „Sächsischen Bildungsinstitut“ jeweils durch die Wörter „Landesamt für Schule und Bildung“ ersetzt.
 - e) Die Besoldungsgruppe A 16 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Wörter „Direktor einer Regionalstelle der Sächsischen Bildungsagentur^{1) 2)}“ werden gestrichen.
 - bb) Die Fußnoten 1 und 2 werden aufgehoben.
 - cc) Die Fußnoten 3 bis 5 werden die Fußnoten 1 bis 3.
4. Die Anlage 2 wird wie folgt geändert:
- a) Die Besoldungsgruppe B 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Wörter „Direktor des Sächsischen Bildungsinstituts“ werden gestrichen.
 - bb) Die Wörter „Direktor einer Regionalstelle der Sächsischen Bildungsagentur^{2) 3)}“, die Wörter „Direktor einer Regionalstelle der Sächsischen Bildungsagentur³⁾“ und die Wörter „– als der ständige Vertreter des Direktors der Sächsischen Bildungsagentur –“ werden gestrichen.
 - cc) Die Fußnote 3 wird aufgehoben.
 - dd) Die Fußnote 2 wird die Fußnote 3.
 - ee) Die Fußnote 4 wird die Fußnote 2.
 - ff) Die Fußnoten 5 und 6 werden die Fußnoten 4 und 5.
 - b) Die Besoldungsgruppe B 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Wörter „Direktor der Sächsischen Bildungsagentur“ werden gestrichen.
 - bb) Nach den Wörtern „Vizepräsident bei der Landesdirektion Sachsen³⁾“ werden ein Zeilenumbruch und die Wörter „Vizepräsident des Landesamts für Schule und Bildung“ eingefügt.
 - c) In der Besoldungsgruppe B 4 werden nach den Wörtern „Präsident der Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen¹⁾“ ein Zeilenumbruch und die Wörter „Präsident des Landesamts für Schule und Bildung“ eingefügt.

Artikel 5

Weitere Änderung des Sächsischen Besoldungsgesetzes

Das Sächsische Besoldungsgesetz vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 1005), das zuletzt durch Artikel 4 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 50 werden nach den Wörtern „im Einsatzdienst der Feuerwehr“ die Wörter „und der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule“ eingefügt.

5. Die Anlage 7 wird wie folgt geändert:
- In der Angabe zur Besoldungsgruppe A 16 wird die Angabe „2, 3, 5“ durch die Angabe „1, 3“ ersetzt.
 - In der Angabe zur Besoldungsgruppe B 2 wird die Angabe „4“ durch die Angabe „2“ ersetzt.

Artikel 6

Änderung des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung

Das Sächsische Ausführungsgesetz zum Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung vom 5. November 1996 (SächsGVBl. S. 448), das zuletzt durch Artikel 37 des Gesetzes vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die §§ 1 und 2 werden wie folgt gefasst:
- „§ 1
Zuständige Behörde

Zuständige Behörde nach dem Sechsten Abschnitt des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juni 2016 (BGBl. I S. 1450), in der jeweils geltenden Fassung, ist im Freistaat Sachsen die Sächsische Aufbaubank – Förderbank.

§ 2 Verfahren

Das Nähere zur Durchführung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes bestimmt sich nach dem Gesetz zur Errichtung der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – vom 19. Juni 2003 (SächsGVBl. S. 161), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 29. April 2015 (SächsGVBl. S. 349) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.“

2. Die §§ 3 und 4 werden aufgehoben.
3. § 5 wird § 3.

Artikel 7

Änderung des Sächsischen Justizgesetzes

Das Sächsische Justizgesetz vom 24. November 2000 (SächsGVBl. S. 482; 2001 S. 704), das zuletzt durch das Gesetz vom 9. Juli 2014 (SächsGVBl. S. 405) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird in der Angabe zu § 27 die Angabe „Aufstiegsfortbildungsförderungs-“, gestrichen.
2. § 27 wird wie folgt geändert:
- In der Überschrift wird die Angabe „Aufstiegsfortbildungsförderungs-“, gestrichen.
 - Absatz 4 wird aufgehoben.
 - Die bisherigen Absätze 5 bis 8 werden die Absätze 4 bis 7.

Artikel 8

Änderung des Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Das Sächsische Flüchtlingsaufnahmegesetz vom 25. Juni 2007 (SächsGVBl. S. 190), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 29. April 2015 (SächsGVBl. S. 349) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- In § 5 Nummer 4 werden die Wörter „§ 23 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 1 AufenthG“ durch die Wörter „§ 23 Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 1 oder § 23 Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
- § 9 wird aufgehoben.
- § 10 wird wie folgt geändert:
 - Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - In Satz 1 werden die Wörter „1 900 EUR je Person und Vierteljahr“ durch die Wörter „2 389,50 EUR je Person und Vierteljahr für das Jahr 2017 und in Höhe von 2 352,50 EUR je Person und Vierteljahr ab dem Jahr 2018“ ersetzt.
 - Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:
„Zusätzlich erhalten die Landkreise und Kreisfreien Städte einen Sonderausgleich in Höhe von 98 EUR je Person und Vierteljahr für das Jahr 2017 und in Höhe von 94,25 EUR je Person und Vierteljahr für das Jahr 2018.“
 - Nach dem neuen Satz 4 wird folgender Satz eingefügt:
„Der Sonderausgleich nach Satz 3 wird erstmalig zum 15. Mai 2017 und letztmalig zum 15. Februar 2019 ausgezahlt.“
 - Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:
„(2) Bei einer Abweichung von 10 Prozent der der Bemessung der Pauschale nach Absatz 1 Satz 1 zu Grunde gelegten Annahme durchschnittlicher Bestände an Leistungsempfängern für die Jahre 2017 und 2018 erfolgt eine Prüfung der Angemessenheit der Höhe der Kostenerstattung. Dabei sind die Maßstäbe anzuwenden, die der Ermittlung der Pauschale zu Grunde lagen.“
 - Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden die Absätze 3 und 4.
 - Folgender Absatz 5 wird angefügt:
„(5) Werden die in § 5 Nummer 3 genannten Ausländer nach einer Aufnahmeanordnung unter der Voraussetzung aufgenommen, dass eine Verpflichtungserklärung nach § 68 des Aufenthaltsgesetzes abgegeben wird, von der Leistungen bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Behinderung ausgenommen werden, und sind die Kosten für diese Leistungen nach der Aufnahmeanordnung in Verbindung mit § 8 Absatz 1 Satz 2 des Asylbewerberleistungsgesetzes von den Landkreisen und Kreisfreien Städten zu übernehmen, werden diesen die erforderlichen Aufwendungen erstattet. Aufwendungen, die in den Jahren 2014 bis 2016 entstanden sind, sind bis zum 31. Dezember 2017 geltend zu machen. Aufwendungen, die ab dem Jahr 2017 entstehen, sind bis zum 30. Juni des jeweiligen Folgejahres geltend zu machen. Die höhere Unterbringungsbehörde setzt den Betrag fest und zahlt ihn aus.“

4. Folgender § 14 wird angefügt:

„§ 14
Sonderpauschale für das Jahr 2016

(1) Den Landkreisen und Kreisfreien Städten wird eine einmalige Sonderpauschale für die in § 5 Nummer 1 bis 3, 5 und 7 genannten Ausländer für das Jahr 2016 gewährt. Die Sonderpauschale für das Jahr 2016 beträgt als Basiswert 10 500 EUR je Leistungsempfänger. Grundlage dieses Basiswertes ist eine jahresdurchschnittliche Anzahl von 31 100 Leistungsempfängern. Bei jeder Abweichung verringert oder erhöht sich der Basiswert um einen auf ganze Euro gerundeten Betrag, der wie folgt ermittelt wird: (0,0740793 x jahresdurchschnittliche Anzahl an Leistungsempfängern) - 2 304.

(2) Die Ergänzungspauschale nach § 3 des Gesetzes zur Finanzierung der Unterbringung und Betreuung von Ausländern in den Jahren 2015 und 2016 im Freistaat Sachsen vom 29. April 2015 (SächsGVBl. S. 349, 357), das durch Artikel 5 des Gesetzes vom 16. Dezember 2015 (SächsGVBl. S. 656) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, für das Jahr 2016 und die Pauschale nach § 10 Absatz 1 werden mit der einmaligen Sonderpauschale für das Jahr 2016 verrechnet.

(3) Es wird eine Zwischenabrechnung und eine Endabrechnung erstellt. Die Zwischenabrechnung erfolgt für den Zeitraum von Januar bis Oktober 2016, in der Endabrechnung wird das gesamte Jahr 2016 abgerechnet. Zuständig für das Verrechnungsverfahren ist die höhere Unterbringungsbehörde.

(4) Für die Zwischenabrechnung wird für jeden Landkreis und jede Kreisfreie Stadt die durchschnittliche Anzahl der jeweils an den Monatsenden von Januar bis Oktober 2016 untergebrachten Ausländer festgestellt und auf dieser Grundlage die Höhe der Sonderpauschale nach Absatz 1 errechnet. Von zehn Zwölfteln dieses Betrages werden die tatsächlich dem jeweiligen Landkreis und der jeweiligen Kreisfreien Stadt für diesen Zeitraum erstatteten Kosten nach § 10 Absatz 1 und zehn Zwölftel des nach § 3 Satz 2 bis 4 des Gesetzes zur Finanzierung der Unterbringung und Betreuung von Ausländern in den Jahren 2015 und 2016 im Freistaat Sachsen auf den jeweiligen Landkreis und die jeweilige Kreisfreie Stadt entfallenden Anteils für das Jahr 2016 abgezogen. Der Restbetrag wird von der höheren Unterbringungsbehörde festgesetzt und spätestens bis zum 30. Dezember 2016 ausgezahlt. Ein negativer Betrag wird mit der Endabrechnung nach Absatz 5 verrechnet.

(5) Für die Endabrechnung wird für jeden Landkreis und jede Kreisfreie Stadt die durchschnittliche Anzahl der jeweils an den Monatsenden von Januar bis Dezember 2016 untergebrachten Ausländer festgestellt. Auf dieser Grundlage wird die Höhe der Sonderpauschale nach Absatz 1 errechnet. Von diesem Betrag werden die tatsächlich dem jeweiligen Landkreis und der jeweiligen Kreisfreien Stadt für diesen Zeitraum erstatteten Kosten nach § 10 Absatz 1 und der nach § 3 Satz 2 bis 4 des Gesetzes zur Finanzierung der Unterbringung und Betreuung von Ausländern in den Jahren 2015 und 2016 im Freistaat Sachsen auf den jeweiligen Landkreis und die jeweilige Kreisfreie Stadt entfallende Anteil für das Jahr 2016 abgezogen. Das Ergebnis der Zwischenabrechnung nach

Absatz 4 wird verrechnet. Die Endabrechnung wird zum 15. Februar 2017 festgesetzt. Ein positiver Betrag wird ausgezahlt, ein negativer Betrag wird mit der Kostenerstattung nach § 10 Absatz 1 verrechnet.“

Artikel 9

**Änderung des Gesetzes zur Finanzierung
des Ausbildungsverkehrs
im Öffentlichen Personennahverkehr**

Das Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr vom 12. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 866, 883), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 29. April 2015 (SächsGVBl. S. 349) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Absatz 1 Satz 1 Satzteil nach Nummer 2 werden die Wörter „mit einem jährlichen Festbetrag von 59 000 000 EUR“ durch die Wörter „im Jahr 2017 mit einem Festbetrag von 60 062 000 Euro und im Jahr 2018 mit einem Festbetrag von 61 143 100 Euro“ ersetzt.

2. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Die Absätze 1 und 2 werden durch die folgenden Absätze 1 bis 3 ersetzt:

„(1) Von dem Festbetrag für das Jahr 2017 nach § 1 Absatz 1 Satz 1 erhalten als Grundbeträge in Euro:

1. die Stadt Chemnitz	2 144 213
2. die Stadt Dresden	6 042 237
3. die Stadt Leipzig	4 345 486
4. der Landkreis Bautzen	2 594 678
5. der Erzgebirgskreis	2 003 068
6. der Landkreis Görlitz	1 771 829
7. der Landkreis Leipzig	1 606 659
8. der Landkreis Meißen	2 120 189
9. der Landkreis Mittelsachsen	1 495 544
10. der Landkreis Nordsachsen	1 711 767
11. der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	2 198 269
12. der Vogtlandkreis	753 778
13. der Landkreis Zwickau	1 243 283.

(2) Von dem Festbetrag für das Jahr 2017 nach § 1 Absatz 1 Satz 1 erhalten als weitere Mittel in Euro:

1. die Stadt Chemnitz	1 687 182
2. die Stadt Dresden	4 382 615
3. die Stadt Leipzig	3 936 136
4. der Landkreis Bautzen	2 308 891
5. der Erzgebirgskreis	2 056 488
6. der Landkreis Görlitz	2 177 916
7. der Landkreis Leipzig	1 930 309
8. der Landkreis Meißen	1 800 557
9. der Landkreis Mittelsachsen	2 170 086
10. der Landkreis Nordsachsen	2 229 398
11. der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	1 922 984
12. der Vogtlandkreis	1 773 645
13. der Landkreis Zwickau	1 654 793.

(3) Von dem Festbetrag für das Jahr 2018 nach § 1 Absatz 1 Satz 1 erhalten als Grundbeträge in Euro:

1. die Stadt Chemnitz	2 182 809
2. die Stadt Dresden	6 150 996
3. die Stadt Leipzig	4 423 703
4. der Landkreis Bautzen	2 641 382

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 5. | der Erzgebirgskreis | 2 039 122 |
| 6. | der Landkreis Görlitz | 1 803 722 |
| 7. | der Landkreis Leipzig | 1 635 578 |
| 8. | der Landkreis Meißen | 2 158 351 |
| 9. | der Landkreis Mittelsachsen | 1 522 463 |
| 10. | der Landkreis Nordsachsen | 1 742 578 |
| 11. | der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge | 2 237 838 |
| 12. | der Vogtlandkreis | 767 346 |
| 13. | der Landkreis Zwickau | 1 265 662“. |
- b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und im Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „ab dem Jahr 2016 als weitere Mittel 29 500 000 Euro, die jeweils im laufenden Jahr für das Folgejahr auf der Grundlage der bis zum 31. Dezember des Vorjahres“ durch die Wörter „im Jahr 2018 als weitere Mittel 30 391 650 Euro, die im Jahr 2017 auf der Grundlage der bis zum 31. Dezember 2016“ ersetzt.
- c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5 und im Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „Absatz 3“ durch die Angabe „Absatz 4“ ersetzt.
- d) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6 und die Angabe „Absatz 3“ wird durch die Angabe „Absatz 4“ ersetzt.

Artikel 10

Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Sächsischen Landesstiftung Natur und Umwelt

§ 11a des Gesetzes über die Errichtung der Sächsischen Landesstiftung Natur und Umwelt vom 16. Oktober 1992 (SächsGVBl. S. 465), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 6. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 451) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- In Satz 1 werden nach dem Wort „besitzt“ die Wörter „bis zum 31. Dezember 2016“ eingefügt.
- Nach Satz 1 werden die folgenden Sätze eingefügt:
„Die Beamten der Stiftung werden zum 1. Januar 2017 in den Dienst des Freistaates Sachsen übernommen und sind an das Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft versetzt. Satz 2 gilt entsprechend für die in diesem Zeitpunkt bei der Stiftung vorhandenen Versorgungsempfänger. Die Verpflichtung des Dienstherrn gegenüber Versorgungsempfängern geht zu diesem Zeitpunkt auf den Freistaat Sachsen über. Der Anspruch auf Beihilfe für Aufwendungen, die vor dem 1. Januar 2017 entstanden sind, richtet sich ab diesem Zeitpunkt gegen den Freistaat Sachsen.“
- Im neuen Satz 6 wird das Wort „Bediensteten“ jeweils durch das Wort „Beschäftigten“ ersetzt.

Artikel 11

Änderung der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Durchführung des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung

§ 7 der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Durchführung des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung vom 13. November 1997 (SächsGVBl. S. 627) wird wie folgt geändert:

- In der Überschrift werden nach dem Wort „Inkrafttreten“ ein Komma und das Wort „Außerkräfttreten“ eingefügt.
- Folgender Satz wird angefügt:
„Diese Verordnung tritt am 1. August 2017 außer Kraft.“

Artikel 12

Änderung des Sächsischen Denkmalschutzgesetzes

In § 17 Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Denkmalschutzgesetzes vom 3. März 1993 (SächsGVBl. S. 229), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 2. April 2014 (SächsGVBl. S. 234) geändert worden ist, werden die Wörter „Der Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement“ durch die Wörter „Der Staatsbetrieb Zentrales Flächenmanagement Sachsen“ ersetzt.

Artikel 13

Änderung der Sächsischen Haushaltsordnung

Nach § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. April 2015 (SächsGVBl. S. 349) geändert worden ist, wird folgender § 44a eingefügt:

„§ 44a

Transparenz von Landesmitteln

(1) Bei Vorhaben und Maßnahmen sowohl des Staates als auch von Dritten, die auch auf Grundlage des Staatshaushaltplanes finanziert werden, hat der Maßnahmeträger die Öffentlichkeit in geeigneter Weise über die staatliche Finanzierung zu informieren.

(2) Das Weitere wird in einer Verwaltungsvorschrift geregelt. Diese Verwaltungsvorschrift ist im Einvernehmen mit dem Haushalts- und Finanzausschuss vor Auszahlung der staatlichen Finanzierung zu erlassen.“

Artikel 14
**Änderung des Gesetzes
 über die Errichtung eines Sondervermögens
 „Zukunftssicherungsfonds Sachsen“**

Das Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens „Zukunftssicherungsfonds Sachsen“ vom 13. Dezember 2012 (SächsGVBl. S. 725, 735), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 29. April 2015 (SächsGVBl. S. 349) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 6 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt.
 - bb) In Nummer 7 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.
 - cc) Folgende Nummern 8 bis 10 werden angefügt:
 - „8. bauliche Maßnahmen der Hochschulmedizin,
 9. bauliche Maßnahmen für die polizeiliche Infrastruktur und
 10. Maßnahmen des staatlichen Hochbaus.“
 - b) Satz 4 wird wie folgt gefasst:

„Die nach § 4 Absatz 1 Nummer 1 und 2 zugeführten Mittel können zwischen den Bereichen umgeschichtet werden, um die für die einzelnen Maßnahmen in Summe ausgewiesenen Mittel um bis zu 50 Prozent zu erhöhen.“
 - c) In Satz 5 werden die Wörter „nach § 4 Absatz 1 Nummer 2“ gestrichen.
 - d) Es wird folgender neuer Satz 6 eingefügt:

„Die Vorlage der Förderrichtlinie ist entbehrlich, soweit es sich um eigene Maßnahmen des Freistaates Sachsen handelt.“

2. § 4 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Zuführungen in Höhe von 330 000 000 Euro im Haushaltsjahr 2016 für

 - a) Maßnahmen nach § 2 Satz 2 Nummer 1 (20 000 000 Euro),
 - b) Maßnahmen nach § 2 Satz 2 Nummer 2 (120 000 000 Euro),
 - c) Maßnahmen nach § 2 Satz 2 Nummer 3 (35 000 000 Euro),
 - d) Maßnahmen nach § 2 Satz 2 Nummer 6 (80 000 000 Euro),
 - e) Maßnahmen nach § 2 Satz 2 Nummer 8 (10 000 000 Euro),
 - f) Maßnahmen nach § 2 Satz 2 Nummer 9 (30 000 000 Euro),
 - g) Maßnahmen nach § 2 Satz 2 Nummer 10 (35 000 000 Euro)“.
 - b) In Nummer 2 wird das Wort „weitere“ gestrichen.

Artikel 15
Änderung des Sächsischen Ganztagsangebotsgesetzes

In § 3 des Sächsischen Ganztagsangebotsgesetzes vom 13. Dezember 2012 (SächsGVBl. S. 725), das durch Artikel 6 des Gesetzes vom 29. April 2015 (SächsGVBl. S. 349) geändert worden ist, wird die Angabe „31. Juli 2017“ durch die Angabe „31. Juli 2019“ ersetzt.

Artikel 16
Inkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 bis 6 am 1. Januar 2017 in Kraft.
- (2) Die Artikel 8, 10, 11 und 14 treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (3) Artikel 13 tritt am 1. März 2017 in Kraft.
- (4) Artikel 5 Nummer 3 Buchstabe a bis c und Artikel 6 treten am 1. August 2017 in Kraft.

(5) Artikel 5 Nummer 3 Buchstabe d und e sowie Nummer 4 und 5 tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

(6) Artikel 4 Nummer 1 und 2 tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Dresden, den 15. Dezember 2016

Der Landtagspräsident
Dr. Matthias Rößler

Der Ministerpräsident
Stanislaw Tillich

Der Staatsminister des Innern
Markus Ulbig

Der Staatsminister der Finanzen
Prof. Dr. Georg Unland

Der Staatsminister der Justiz
Sebastian Gemkow

Die Staatsministerin für Kultus
Brunhild Kurth

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Martin Dulig

Der Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft
Thomas Schmidt

Gesetz zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen

Vom 15. Dezember 2016

Der Sächsische Landtag hat am 15. Dezember 2016 das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz

über die Festlegung der Finanzausgleichsmassen und der Verbundquoten in den Jahren 2017 und 2018

(Finanzausgleichsmassengesetz 2017/2018 – FAMG 2017/2018)

§ 1

Finanzausgleichsmasse im Jahr 2017

(1) Der Freistaat Sachsen stellt den kreisangehörigen Gemeinden, Kreisfreien Städten und Landkreisen im Haushaltsjahr 2017 zur Erfüllung ihrer Aufgaben als Finanzausgleichsmasse nach dem Sächsischen Finanzausgleichsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 95), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 2016 (SächsGVBl. S. 639) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, zur Verfügung:

1. 21,5216681 Prozent seiner Anteile am Aufkommen der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer (Gemeinschaftsteuern) sowie seiner Einnahmen im Finanzausgleich unter den Ländern (Länderfinanzausgleich) einschließlich der Bundesergänzungszuweisungen und
2. 21,5216681 Prozent des Aufkommens der Landessteuern einschließlich der Einnahmen nach dem Gesetz zur Regelung der finanziellen Kompensation zugunsten der Länder infolge der Übertragung der Ertragshoheit der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund vom 29. Mai 2009 (BGBl. I S. 1170), in der jeweils geltenden Fassung, und des Aufkommens aus dem Landesanteil der Gewerbesteuerumlage.

(2) Im Haushaltsjahr 2017 beträgt die Finanzausgleichsmasse nach § 2 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes 3 228 205 000 Euro. Darin sind enthalten:

1. ein Erhöhungsbetrag aus dem Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres 2015 in Höhe von 27 620 000 Euro,
2. ein Minderungsbetrag auf Grund des Ergebnisses der Überprüfung nach § 16 Absatz 2 Satz 1 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes in Höhe von 1 004 000 Euro,
3. ein Erhöhungsbetrag auf Grund der Überführung des Mehrbelastungsausgleichs nach § 1 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe j des Sächsischen Mehrbelastungsausgleichsgesetzes 2008 vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 144), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 15. Dezember 2016 (SächsGVBl. S. 639) geändert worden ist, in der bis zum 31. Dezember 2016 geltenden Fassung, in die Finanzausgleichsmasse in Höhe von 136 900 000 Euro und
4. ein Erhöhungsbetrag aus dem Staatshaushalt zur Aufstockung des Betrages nach Nummer 3 in Höhe von 18 933 000 Euro.

§ 2

Finanzausgleichsmasse im Jahr 2018

(1) Der Freistaat Sachsen stellt den kreisangehörigen Gemeinden, Kreisfreien Städten und Landkreisen im Haushaltsjahr 2018 zur Erfüllung ihrer Aufgaben als Finanzausgleichsmasse nach dem Sächsischen Finanzausgleichsgesetz zur Verfügung:

1. 22,5038699 Prozent seiner Anteile am Aufkommen der Gemeinschaftsteuern und seiner Einnahmen im Länderfinanzausgleich einschließlich der Bundesergänzungszuweisungen sowie
2. 22,5038699 Prozent des Aufkommens der Landessteuern einschließlich der Einnahmen nach dem Gesetz zur Regelung der finanziellen Kompensation zugunsten der Länder infolge der Übertragung der Ertragshoheit der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und des Aufkommens aus dem Landesanteil der Gewerbesteuerumlage.

(2) Im Haushaltsjahr 2018 beträgt die Finanzausgleichsmasse nach § 2 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes 3 374 735 000 Euro. Darin enthalten ist ein Erhöhungsbetrag aus dem voraussichtlichen Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres 2016 in Höhe von 134 538 000 Euro.

§ 3

Jahresbezogene Anpassungen der Verbundgrundlagen

Bei den Berechnungen nach § 1 Absatz 1 Nummer 1 und § 2 Absatz 1 Nummer 1 bleiben folgende Beträge unberücksichtigt:

1. im Jahr 2017 ein Betrag in Höhe von 308 692 000 Euro und im Jahr 2018 ein Betrag in Höhe von 242 544 000 Euro, die weiterhin für die Zwecke des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 982), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955) geändert worden ist, verausgabt werden,
2. in den Jahren 2017 und 2018 jeweils der Betrag, den der Freistaat Sachsen nach § 11 Absatz 4 des Finanzausgleichsgesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955, 3956), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 1. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2755) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, wegen überdurchschnittlich hoher Kosten politischer Führung erhält,
3. in den Jahren 2017 und 2018 jeweils ein Betrag in Höhe von 84,39 Prozent der Bundesergänzungszuweisungen, die der Freistaat Sachsen für seine Kommunen nach § 11 Absatz 3a des Finanzausgleichsgesetzes zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige erhält,
4. in den Jahren 2017 und 2018 jeweils ein Betrag in Höhe von 38 500 000 Euro, der dem Anteil des Freistaates Sachsen an den zusätzlichen Umsatzsteuereinnahmen der Länder auf Grund des Artikels 2 des Kinderförderungsgesetzes

- gesetzes vom 10. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2403) entspricht,
5. in den Jahren 2017 und 2018 jeweils ein Betrag in Höhe von 3 750 000 Euro, der dem Anteil des Freistaates Sachsen an den zusätzlichen Umsatzsteuereinnahmen der Länder auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes zur zusätzlichen Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege vom 15. Februar 2013 (BGBl. I S. 250) entspricht,
 6. in den Jahren 2017 und 2018 jeweils ein Betrag in Höhe von 5 000 000 Euro, der dem Anteil des Freistaates Sachsen an den zusätzlichen Umsatzsteuereinnahmen der Länder auf Grund des Artikels 1 des Gesetzes zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 22. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2411) entspricht,
 7. im Jahr 2017 ein Betrag in Höhe von 129 364 000 Euro und im Jahr 2018 ein Betrag in Höhe von 97 172 000 Euro, die dem voraussichtlichen Anteil des Freistaates Sachsen an den zusätzlichen Umsatzsteuereinnahmen der Länder auf Grund des Artikels 8 des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) und der zugehörigen Folgeänderungen von § 1 Satz 5 des Finanzausgleichsgesetzes entsprechen, und
 8. im Jahr 2017 ein Betrag in Höhe von 100 000 000 Euro und im Jahr 2018 ein Betrag in Höhe von 150 000 000 Euro, die dem Anteil des Freistaates Sachsen an den zusätzlichen Umsatzsteuereinnahmen der Länder auf Grund des Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen vom 1. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2755) entsprechen.

Artikel 2

Änderung des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes

Das Sächsische Finanzausgleichsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 95), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16. Dezember 2015 (SächsGVBl. S. 656) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zu § 16a wird wie folgt gefasst:

„§ 16a Mehrbelastungsausgleich für die Verwaltungs- und Funktionalreform 2008“.
 - b) Die Angaben zu den Anlagen 3 bis 5 werden durch die folgenden Angaben ersetzt:

„Anlage 3 (zu § 16a)
Anlage 4 (zu § 21a)“.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 3 wird wie folgt geändert:
 - aaa) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. in den Jahren 2017 bis 2019 folgende Beträge:

 - a) im Jahr 2017 308 692 000 Euro,
 - b) im Jahr 2018 242 544 000 Euro und
 - c) im Jahr 2019 180 806 000 Euro;“.

- bbb) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. ein Betrag in Höhe von 84,39 Prozent des dem Freistaat Sachsen nach § 11 Absatz 3a des Finanzausgleichsgesetzes zufließenden Betrages.“
- bb) Satz 4 wird wie folgt geändert:
 - aaa) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. in den Jahren 2017 und 2018 jeweils ein Betrag in Höhe von 5 000 000 Euro, der dem Anteil des Freistaates Sachsen an den zusätzlichen Umsatzsteuereinnahmen der Länder auf Grund des Artikels 1 des Gesetzes zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 22. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2411) entspricht;“.
 - bbb) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. ab dem Jahr 2016

 - a) die Beträge, die dem Anteil des Freistaates Sachsen an den zusätzlichen Umsatzsteuereinnahmen der Länder auf Grund des Artikels 8 des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) und der zugehörigen Folgeänderungen von § 1 Satz 5 des Finanzausgleichsgesetzes entsprechen, und
 - b) die Beträge, die dem Anteil des Freistaates Sachsen an den zusätzlichen Umsatzsteuereinnahmen der Länder auf Grund des Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen vom 1. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2755) entsprechen.“
- cc) Satz 5 wird wie folgt gefasst:

„Bei den Steuereinnahmen der Gemeinden bleiben folgende Beträge unberücksichtigt:

 - a) im Jahr 2017 ein Betrag in Höhe von 67 450 000 Euro, der den Gemeinden im Rahmen des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer durch die Beteiligung des Bundes an der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zusätzlich zufließt, und
 - b) im Jahr 2018 der Betrag, der den Gemeinden im Rahmen des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer auf Grund des Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen vom 1. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2755) zusätzlich zufließt.“
- b) In Absatz 3 Satz 4 wird die Angabe „(SächsAGSGB)“ gestrichen und die Wörter „Artikel 46 des Gesetzes vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130, 147)“ werden durch die Wörter „Artikel 4 des Gesetzes vom 15. Dezember 2016 (SächsGVBl. S. 639)“ ersetzt.

3. § 3 Absatz 1 Nummer 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Buchstabe a wird die Angabe „§ 16,“ durch die Wörter „den §§ 16 und 16a,“ ersetzt.
 - b) In Buchstabe f wird vor dem Komma die Angabe „nach § 29“ eingefügt.
4. § 4 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Zur Ermittlung der Finanzkraft 2018 wird die Finanzkraft des Jahres 2017 des kreisangehörigen Raumes mit 1 190,33 Euro je Einwohner und die des kreisfreien Raumes mit 1 716,11 Euro je Einwohner angesetzt.“
 - bb) In Satz 3 wird die Angabe „2014“ durch die Angabe „2018“ ersetzt.
 - b) Absatz 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Als Basis für die Berechnung der Aufteilung der Schlüsselmassen des kreisangehörigen Raumes im Jahr 2018 wird für die kreisangehörigen Gemeinden eine Schlüsselzuweisung in Höhe von 330,07 Euro je Einwohner und für die Landkreise eine Schlüsselzuweisung in Höhe von 229,13 Euro je Einwohner bestimmt.“
 - c) In Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 werden die Wörter „im Jahr 2016“ durch die Wörter „ab dem Jahr 2017“ ersetzt.
 - d) Absatz 5 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Der Anteil der investiven Schlüsselzuweisungen an der Gesamtschlüsselmasse beträgt bei den
 1. kreisangehörigen Gemeinden
 - a) im Jahr 2017 12,83 Prozent und
 - b) im Jahr 2018 13,20 Prozent;
 2. Landkreisen
 - a) im Jahr 2017 4,40 Prozent und
 - b) im Jahr 2018 5,48 Prozent;
 3. Kreisfreien Städten
 - a) im Jahr 2017 17,68 Prozent und
 - b) im Jahr 2018 18,15 Prozent.“
5. § 7 Absatz 4 wird wie folgt geändert:
- a) Satz 3 wird wie folgt gefasst:
„Der Ermittlung des Schüleransatzes wird die amtliche Schulstatistik des Schuljahres, in dem das Ausgleichsjahr beginnt, für die allgemeinbildenden (einschließlich allgemeinbildenden Förderschulen) und berufsbildenden Schulen sowie für die Schulen des zweiten Bildungsweges zu Grunde gelegt.“
 - b) Satz 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 4 wird das Wort „berufliche“ durch das Wort „Beruflichen“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 5 wird das Wort „Berufsbildenden“ durch das Wort „berufsbildenden“ ersetzt.
 - cc) In Nummer 7 Satzteil vor Buchstabe a werden die Wörter „Allgemeinbildenden Förderschulen“ durch die Wörter „allgemeinbildenden Förderschulen nach dem Förderschwerpunkt des Schülers, der primär gefördert wird“ ersetzt.
 - c) Die Sätze 6 und 7 werden durch die folgenden Sätze ersetzt:
„Schüler, die eine Schule mit besonderem pädagogischen Profil oder Gemeinschaftsschulen im Rahmen eines Schulversuches in einem ihrem sonderpädagogischen Förderbedarf entsprechenden Bildungsgang besuchen, werden zur Zahl der Schüler an allgemeinbildenden Förderschulen (Satz 4 Nummer 7) des jeweiligen Förderschwerpunktes, der primär gefördert wird, gerechnet. Bei anerkannten Integrationsmaßnahmen von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in allgemeinbildenden Schulen werden die integrierten Schüler wie Schüler von allgemeinbildenden Förderschulen nach dem Förderschwerpunkt, der primär gefördert wird, angesetzt. Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf (Satz 4 Nummer 7) mit Mehrfachbehinderungen werden mit dem Schüleransatz angesetzt, der dem primär geförderten Förderschwerpunkt entspricht.“
6. § 8 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 1 wird vor dem Wort „landesdurchschnittlichen“ das Wort „gewogenen“ eingefügt.
 - b) In Nummer 2 werden das Wort „Nivellierungshebsatz“ durch die Wörter „dem Nivellierungshebesatz“ und die Wörter „Gesetzes zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 2009 (BGBl. I S. 502)“ durch die Wörter „Gemeindefinanzreformgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 2009 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. November 2016 (BGBl. I S. 2613) geändert worden ist“ ersetzt.
7. § 10 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 werden die Wörter „Satz 1 bis 9“ durch die Wörter „Satz 1 bis 10“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 werden die Wörter „Satz 4 bis 9“ durch die Wörter „Satz 4 bis 10“ ersetzt.
 - c) Satz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 wird die Angabe „315“ durch die Angabe „320“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 2 wird die Angabe „575“ durch die Angabe „630“ ersetzt.
8. § 12 Absatz 4 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 2 werden die Wörter „Satz 1 bis 9“ durch die Wörter „Satz 1 bis 10“ ersetzt.
 - b) In Satz 3 werden die Wörter „Satz 4 bis 9“ durch die Wörter „Satz 4 bis 10“ ersetzt.
9. § 13 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
„(1) Die Umlagekraftmesszahl des Ausgleichsjahres wird berechnet, indem die Umlagegrundlagen der kreisangehörigen Gemeinden (§ 26 Absatz 3) mit dem gewogenen Landesdurchschnitt des Umlagegesetzes der Kreisumlage (§ 26 Absatz 2) vervielfältigt werden und der dem Landkreis nach § 25a Absatz 2 Satz 3 zufließende Betrag hinzugezählt wird.“

- b) In Absatz 2 werden nach dem Wort „geteilt“ die Wörter „und auf zwei Stellen nach dem Komma gerundet“ eingefügt.
10. § 16 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Nummer 4 wird die Angabe „35,45 Euro“ durch die Angabe „48,70 Euro“ ersetzt.
- bb) In Nummer 5 wird die Angabe „23,25 Euro“ durch die Angabe „35,69 Euro“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 7 werden nach den Wörtern „Sätzen 3 bis 5“ die Wörter „und § 16a Absatz 3“ eingefügt.
11. § 16a wird wie folgt gefasst:
- „§ 16a
Mehrbelastungsausgleich für die Verwaltungs-
und Funktionalreform 2008
- (1) Die Landkreise und Kreisfreien Städte erhalten jährlich zum Ausgleich der in Anlage 3 benannten und durch das Sächsische Verwaltungsneuordnungsgesetz vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138), das durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. Juni 2008 (SächsGVBl. S. 371) geändert worden ist, übertragenen Aufgaben steuerkraftunabhängige Zuweisungen gemäß Anlage 3 Spalte 5 bis 17.
- (2) Im Abstand von zwei Jahren ist zu überprüfen, ob auf Grund von Veränderungen im Bestand oder im Umfang der von Anlage 3 Spalte 1 umfassten Aufgaben die in Anlage 3 Spalte 4 genannten aufgabenbezogenen Volumina anzupassen sind. Für diese Überprüfung gilt § 16 Absatz 2 entsprechend.
- (3) Im Abstand von sechs Jahren werden die zur Verteilung herangezogenen aufgabenbezogenen Indikatoren gemäß Anlage 3 Spalte 3 fortgeschrieben. Die Fortschreibung erfolgt erstmals im Jahr 2018 für die Zeit ab dem Jahr 2019.“
12. § 21a wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden die Wörter „in den Jahren 2015 bis 2017“ durch die Wörter „im Jahr 2017“ ersetzt.
- bb) In Satz 2 wird die Angabe „28 500 000 Euro“ durch die Angabe „54 900 000 Euro“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 wird die Angabe „Anlage 5“ durch die Angabe „Anlage 4“ ersetzt.
- c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Den Berechnungen nach Satz 1 liegt der gewogene Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2014 zu Grunde.“
- bb) In Satz 3 werden die Wörter „Artikel 9 des Gesetzes vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1133)“ durch die Wörter „Artikel 22 Absatz 3 des Gesetzes vom 11. November 2016 (BGBl. I S. 2500)“ ersetzt.
13. § 22 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 3 werden die Wörter „im Jahr 2016“ durch die Wörter „ab dem Jahr 2017“ ersetzt.
- b) In Nummer 5 wird das Wort „Basisdatennetzes“ durch das Wort „Datennetzes“ ersetzt.
- c) Die Nummern 7 und 8 werden wie folgt gefasst:
- „7. Bedarfszuweisungen an die Kreisfreien Städte zur Reduzierung von Belastungsunterschieden in der Finanzierung der Grundsicherung für Arbeitssuchende in den Jahren 2017 bis 2020 in Höhe von jeweils 5 000 000 Euro;
8. Zuweisungen an die Aufgabenträger für besondere Belastungen im Rahmen der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen;“.
- d) In Nummer 9 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt und folgende Nummer 10 angefügt:
„10. in begründeten Einzelfällen für Projekte zum Abbau besonderer regionaler Strukturdefizite.“
14. § 23 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- a) Satz 1 wird wie folgt gefasst:
„Das Vorsorgevermögen wird im Jahr 2017 zu 15,824 Prozent des noch in Höhe von 315 960 000 Euro zur Verfügung stehenden Gesamtbetrages aufgelöst.“
- b) Im Satz 4 wird die Angabe „2019“ durch die Angabe „2021“ ersetzt.
15. § 24 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
- „(1) Kreisangehörige Gemeinden, Kreisfreie Städte, kommunale Zweckverbände und Landkreise erhalten Zweckzuweisungen zur Förderung kommunaler Investitionsprojekte nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe e jeweils in den Jahren 2017 und 2018 für
1. allgemeinen Schulhausbau in Höhe von 7 000 000 Euro,
 2. Krankenhausbau (Einzelförderung) in Höhe von 10 000 000 Euro,
 3. Abwasserentsorgung, Wasserbau, Boden- und Grundwasserschutz sowie Gewässer/Hochwasserschutz in Höhe von 3 000 000 Euro,
 4. Straßenbau in Höhe von 10 000 000 Euro und
 5. Brandschutz in Höhe von 21 000 000 Euro.“
16. § 25a Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- a) Satz 1 wird wie folgt gefasst:
„Ist gemäß Absatz 1 eine Finanzausgleichsumlage zu erheben, beträgt diese im ersten Jahr der Erhebung oder nach einer Unterbrechung der Erhebung 30 Prozent, im zweiten Jahr der Erhebung 35 Prozent und ab dem dritten Jahr der Erhebung 40 Prozent des Differenzbetrages nach Absatz 1.“
- b) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
„Eine Unterbrechung der Erhebung liegt vor, wenn die Erhebungsvoraussetzungen nach Absatz 1 für einen zusammenhängenden Zeitraum von acht Jahren nicht vorliegen.“
17. Dem § 26 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:
„Ergibt sich eine negative Umlagegrundlage, hat die kreisangehörige Gemeinde einen Erstattungsanspruch.“
18. § 29a Absatz 2 Satz 3 wird aufgehoben.
19. § 31 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
Die Sätze 4 und 5 werden wie folgt gefasst:
„Bedarfszuweisungen nach § 22 Absatz 1 und 2 Nummer 1 bis 5 und 7 bis 10 werden durch die Landesdirektion Sachsen bewilligt. Die Bewilligung von Bedarfszuweisungen nach § 22 bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen.“

- b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „§§ 5, 15, 16 Abs. 1 und den §§ 18 bis 20“ durch die Wörter „§§ 5, 15, 16 Absatz 1, § 16a Absatz 1 und §§ 18 bis 20“ ersetzt.
 - c) Nach Absatz 3 Satz 3 wird folgender Satz eingefügt:
„Die Zuweisungen nach § 22 Absatz 2 Nummer 7 werden jeweils am 30. Juni des Ausgleichsjahres ausgezahlt.“
20. Die Anlagen 3 bis 5 werden durch die folgenden Anlagen 3 und 4 ersetzt:

„Anlage 3
(zu § 16a)

Mehrbelastungsausgleich für die Verwaltungs- und Funktionalreform 2008

– in TEUR –	Aufgabe	Indikator	Summe Mehrbelastungsausgleich	Erzgebirgskreis	Mittelsachsen	Vogtlandkreis	Zwickau	Bautzen	Görlitz	Meißen	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	Leipzig	Nordsachsen	Chemnitz, Stadt	Dresden, Stadt	Leipzig, Stadt
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6	Spalte 7	Spalte 8	Spalte 9	Spalte 10	Spalte 11	Spalte 12	Spalte 13	Spalte 14	Spalte 15	Spalte 16	Spalte 17
	5	¾ gleichmäßig nach Anzahl der Aufgabenträger und ¼ nach Anteil Fläche	23 975,8	2 421,8	2 518,4	2 279,9	2 121,9	2 613,9	2 516,6	2 293,5	2 362,4	2 359,9	2 487,3	-	-	-
	6		2 435,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	767,8	845,0	823,0
	7		368,0	37,2	38,6	35,0	32,6	40,1	38,6	35,2	36,3	36,2	38,2	-	-	-
			26 779,6	2 459,0	2 557,0	2 314,9	2 154,5	2 654,0	2 555,3	2 328,8	2 398,7	2 396,1	2 525,5	767,8	845,0	823,0
	13		4 511,9	270,6	582,7	477,3	278,4	668,8	387,9	461,8	455,3	459,3	470,0	-	-	-
	14		3 690,1	221,5	476,3	390,3	228,0	547,0	317,2	377,5	372,2	375,6	384,4	-	-	-
	15	km	26 338,3	3 625,7	3 611,8	1 984,0	1 628,5	3 305,1	2 735,1	1 729,8	3 129,7	2 068,0	2 145,0	79,8	153,4	142,5
	16		2 555,4	342,4	324,1	248,7	135,0	269,7	255,8	202,5	120,4	268,5	329,0	17,1	14,6	27,7
			37 095,8	4 460,1	4 994,8	3 100,3	2 269,9	4 790,5	3 696,0	2 771,5	4 077,6	3 171,4	3 328,4	96,9	168,0	170,2
	25	ha	1 505,0	106,0	216,7	94,1	86,4	157,7	138,0	146,1	125,1	149,3	188,3	29,2	33,3	34,9
	26	ha (KfS x 2)	1 349,1	95,0	194,1	84,5	103,9	141,4	123,7	160,7	112,2	164,8	168,9	-	-	-
	27	ha (KfS x 2)	5 108,9	695,5	616,8	405,8	312,4	621,6	491,0	382,2	392,1	547,0	316,5	98,4	112,0	117,7
	28	50 % ha und 50 % in der Flurbereinigung befindliche Fläche	17 567,2	1 128,0	2 292,1	923,5	866,2	2 163,6	2 228,4	1 567,3	1 202,7	2 052,3	2 845,3	87,6	99,8	110,4
	30	Waldfläche in ha ohne Bundeswald	10 294,4	1 743,2	722,3	1 201,9	323,8	1 767,5	1 283,2	435,0	1 279,9	485,5	778,3	68,2	158,6	47,1
			35 824,6	3 767,7	4 041,9	2 709,8	1 692,8	4 851,8	4 264,3	2 691,2	3 111,8	3 398,9	4 297,3	283,5	403,7	310,0
	31	75 % Sockelbetrag und 25 % Fläche km ²	3 533,0	283,5	294,8	266,9	248,4	306,0	294,6	268,5	276,6	276,3	291,2	228,9	251,8	245,4
			99 700,0	10 686,8	11 593,7	8 125,0	6 117,2	12 296,4	10 515,6	7 791,5	9 588,1	8 966,4	10 151,3	1 148,3	1 416,7	1 303,1
			103 233,0	10 970,4	11 888,5	8 391,9	6 365,6	12 602,4	10 810,2	8 060,0	9 864,7	9 242,7	10 442,5	1 377,1	1 668,5	1 548,5

Anlage 4
(zu § 21a)

Anrechnungsbetrag gemäß § 21a Absatz 2

1. Landkreise		
a) Erzgebirgskreis	3 570 427 Euro,	
b) Mittelsachsen	3 280 234 Euro,	
c) Vogtlandkreis	2 470 524 Euro,	
d) Zwickau	3 732 323 Euro,	
e) Bautzen	3 486 398 Euro,	
f) Görlitz	4 027 200 Euro,	
g) Meißen	2 849 981 Euro,	
h) Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	2 857 292 Euro,	
i) Leipzig	3 228 809 Euro,	
j) Nordsachsen	2 764 159 Euro,	
2. Kreisfreie Städte		
a) Chemnitz	3 843 310 Euro,	
b) Dresden	7 867 049 Euro,	
c) Leipzig	10 922 294 Euro*.	

Artikel 3

Änderung des Sächsischen Mehrbelastungsausgleichsgesetzes 2008

Das Sächsische Mehrbelastungsausgleichsgesetz 2008 vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 144) wird wie folgt geändert:

1. Die §§ 1 bis 3 werden aufgehoben.
2. § 4 wird § 1 und wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „der Zuweisung gemäß § 1 Abs. 1 Satz 1“ durch die Wörter „einer pauschalen steuerkraftunabhängigen allgemeinen Zuweisung“ ersetzt.
 - b) Absatz 2 wird aufgehoben.
 - c) Absatz 3 wird Absatz 2.
3. § 5 wird § 2 und wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „zusätzlich zur Regelung nach § 1“ durch die Wörter „zusätzlich zu den Regelungen nach den §§ 16 und 16a des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 95), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 2016 (SächsGVBl. S. 639) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Für den Ausgleich der Personal- und Sachausgaben für den Betrieb der landwirtschaftlichen Fachschule im Fachbereich Technik der Fachrichtung Agrartechnik mit den Schwerpunkten Hauswirtschaft und Ernährung, Landbau und Umwelt/Landschaft, der landwirtschaftlichen Fachschule im Fachbereich Wirtschaft der Fachrichtung Agrarwirtschaft, der einjährigen Fachschule im Fachbereich Agrarwirtschaft der Fachrichtung Hauswirtschaft und der Höheren Landbauschule am Standort Freiberg erhält der Landkreis Mittelsachsen jährlich zusätzlich zu den Regelungen nach den §§ 16 und 16a des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes 1 516 651 Euro.“

c) Absatz 3 wird aufgehoben.

Artikel 4

Änderung des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches

§ 18 Absatz 1 Satz 1 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches vom 6. Juni 2002 (SächsGVBl. S. 168, 169), das zuletzt durch das Gesetz vom 2. April 2014 (SächsGVBl. S. 230) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„Die kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende erhalten zum Ausgleich von Sonderlasten, die durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und die daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige bedingt sind, jährliche Zuweisungen in Höhe des Anteils gemäß § 2 Absatz 1 Satz 3 Nummer 3 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 95), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 2016 (SächsGVBl. S. 639) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, an dem dem Freistaat Sachsen zufließenden Betrag nach § 11 Absatz 3a des Finanzausgleichsgesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955, 3956), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 1. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2755) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.“

Artikel 5

Bekanntmachungserlaubnis

Das Staatsministerium der Finanzen kann den Wortlaut des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes in der vom 1. Januar 2017 an geltenden Fassung im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt bekannt machen.

Artikel 6
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am 1. Januar 2017 in Kraft. Artikel 2 Nummer 2 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb Dreifachbuchstabe bbb tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2016 in Kraft.

(2) Artikel 1 tritt am Tag des Inkrafttretens des Finanzausgleichsmessengesetzes 2019/2020, jedoch nicht vor dem 31. Dezember 2018, außer Kraft.

Dresden, den 15. Dezember 2016

Der Landtagspräsident
Dr. Matthias Rößler

Der Ministerpräsident
Stanislaw Tillich

Der Staatsminister der Finanzen
Prof. Dr. Georg Unland

Die Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz
Barbara Klepsch

Abs.: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden
Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, „Entgelt bezahlt“, ZKZ 73796

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei, Archivstraße 1, 01097 Dresden, Telefon 0351 564-1184

Redaktion:

Verantwortlicher Redakteur: Morten Wollenberg, SDV Vergabe GmbH, Tharandter Straße 35, 01159 Dresden, Telefon 0351 4203-1423, Telefax 0351 4203-1494

Gestaltung und Satz:

SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden

Druck:

SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden

Redaktionsschluss:

21. Dezember 2016

Bezug:

Bestellungen nimmt die SDV Vergabe GmbH entgegen. Sylvia Kranke, SDV Vergabe GmbH, Tharandter Straße 35, 01159 Dresden, Telefon 0351 4203-1407, Telefax 0351 4203-1460. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblattes beträgt 76,58 EUR (gedruckte Ausgabe) bzw. 41,77 EUR (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 5,47 EUR (gedruckte Ausgabe) bzw. 3,65 EUR (elektronische Ausgabe). Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer sowie inklusive Porto- und Versandkosten. Weitere Bezugsformen und Preise unter www.sachsen-gesetze.de. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.